

Streikende Busfahrer vor ihren Fahrzeugen am Leipziger Hauptbahnhof.

hallo leute !
also, als allerersten viele grüsse an die greifswälderinnen.
euer artikel ist toll, wir haben uns sehr gefreut, und wünschen uns von vielen anderen städten solche - und natürlich auch viele andere - nachrichten.
und.... eine rüge an die potsdammerinnen. da wird euer haus von den bullenschweinen durchsucht, die klauen euch sogar eure bomberjacken, und von euch hort man/frau nichts,...schade.

unser titelbild ist eine 1.juli-horror-collage, weil uns dies datum zu schaffen macht:

1) abschiebungsterror: aufruf zur demo am 27.6. ist drin.

2) massenentlassungen in den betrieben im osten: wir fänden es toll wenn mal jemand was zu den betriebsbesetzungen schreiben würde.

3) rekruteneinzugstag: wirhaben, auch weil es viele leute aus den Ⓐ häusern betrifft, diesmal 6 seiten infos zur totalverweigerung drin.

weiter zum inhalt:

in der letzten bz waren die redebeiträge von der demo am 7.6. drin. jetzt gibt es eine reaktion auf die redebeiträge und wiederum eine reaktion darauf, beides in dieser nummer.
Geklaut haben wir auch wieder, natürlich aus dem projektil die analyse zu dem artikel, geschichte und gegenwart der hausbesetzungen in der brd, den wir in unserer letzten nummer abgedruckt haben.auch geklaut ist das interview mit den punks, aus der wildcat.
wir finden es ist eine gute hintergrund-info für die vielen diskussionen zwischen "ostlern" und "westlern" in den Ⓐ häusern.

Naja, wir versuchen halt themen anzureissen, um nicht nur eine info- sondern eine diskussionszeitung zu sein......
sind wir so langweilig, leute?????

Der revolutionskeks geht diese woche an die genossInnen, die die kundgebung der jung-republikaner am 17.6. vor der mahnwache unter den linden beaufsichtigten. Der schöne kranz kaputt und das fähnchen ist nu auch weg - na sowas.

Tja, und dann müssen wir wohl auch noch einen schämkeks verteilen an unsere besetzerInnen aus mitte,- die haben nämlich am letzten freitag verträge abgeschlossen, was ihnen so unangenehm zu sein schien, dass sie sich nicht getrauten der bz eine info dazu unterzuschieben. Erleichtert nahmen sie zur kenntnis, dass diesmal nichteinmal die taz berichtete .... ätschbätsch.

liebe int(er)im. Wir finden es ganz prima, dass ihr in eurer letzten nummer mal so richtig eure schwänze habt raushängen lassen. Wir empfehlen unseren schwulen genossInnen: lest BZ ! BZ und immer nur BZ !!!



Infos aus der taz, wie wir sie hassen.....,aber der folgende Artikel ist doch sehr interessant. Falls es irgendwelche Leute gibt, die da was gegen vorhaben, meldet euch bitte bei uns.

Rechtsradikale planen Kongreß

Veranstaltung zur „Auschwitz-Lüge" im Großraum Nürnberg am kommenden Samstag

Aus Nürnberg Bernd Siegler

Unter konspirativen Bedingungen bereitet die militante rechtsextreme „Nationalistische Front" für den 29. Juni eine „Bundesveranstaltung" zur Propagierung der sogenannten „Auschwitz-Lüge" im Großraum Nürnberg vor. Unter dem Motto „Schluß mit dem Holocaust" sollen dort die führenden Protagonisten des Geschichtsrevisionismus zu Wort kommen. Angekündigt sind u.a. der französische Literaturprofessor Robert Faurisson, der wegen seines Buchs *Es gab keine Gaskammern* in Frankreich zu einer Geldstrafe von 50.000 DM verurteilt worden ist, der Wiener Gerd Honsik, Chef der rassistischen Bewegung „Halt" in Österreich und Buchautor von *Freispruch für Hitler*, Otto Ernst Remer, Kopf der rechtsextremen „Freiheitspartei" und W. Stäglich, Verfasser des Buches *Der Auschwitz-Mythos*. Mit dieser Besetzung steht die geplante Veranstaltung in direkter Nachfolge des sogenannten „Internationalen Leuchter-Kongresses", der am 23. März im Deutschen Museum veranstaltet werden sollte. Der Neofaschist Ewald Althans hatte den Kongreß als „Multimedia-Schau" angemeldet. Diese Veranstaltung wurde jedoch letztlich verboten, statt dessen fand eine „Mahnwache" der Rechtsextremen vor dem Deutschen Museum statt.

Die Nationalistische Front, die sich selbst als straff organisierte nationalsozialistische Kaderpartei versteht, verlagert derzeit ihren Aktionsschwerpunkt von Bielefeld nach Halle. Mit der „Bundesveranstaltung" schließt sich die NF der sich seit Jahren verstärkenden Kampagne gegen die sogenannte „Auschwitz-Lüge" an. Die NF will nun den „Revisionismus organisatorisch und politisch nach vorne bringen". Allen Teilnehmern der Veranstaltung solle „ein klares Konzept zur zielgerichteten Arbeit in die Hand" gegeben werden. Auf ihrem letzten Bundestreffen im hessischen Niederaula hatte die NF am 6. April beschlossen, zusammen mit der „gesamten Rechten in Deutschland und Österreich" in einer Bundesaktion eine Million Flugblätter gegen die „Holocaust-Lüge" zu verteilen. Auftakt dazu soll der 29. Juni in etwa 300 Städten sein.

Der Ort der „nichtöffentlichen Saalveranstaltung", bei der „der Presse kein Zutritt gewährt" wird, ist bislang unbekannt. Erst nach schriftlicher Anmeldung bei der NF erfahren die Teilnehmer den genauen Veranstaltungsort. NF-Generalsekretär Meinolf Schönborn rühmt sich, „dank bester Organisation" Garant dafür zu sein, die NF-Veranstaltungen „in Ruhe und ohne Massenaufgebot von Polizei und Gegendemonstranten" durchführen zu können. Im Polizeipräsidium Mittelfranken tappt man derzeit noch im dunkeln, was die Örtlichkeit angeht. Ansonsten sei man über die Bundesveranstaltung der NF „informiert".

INHALT:

..bestellungen,artikel,fotos an

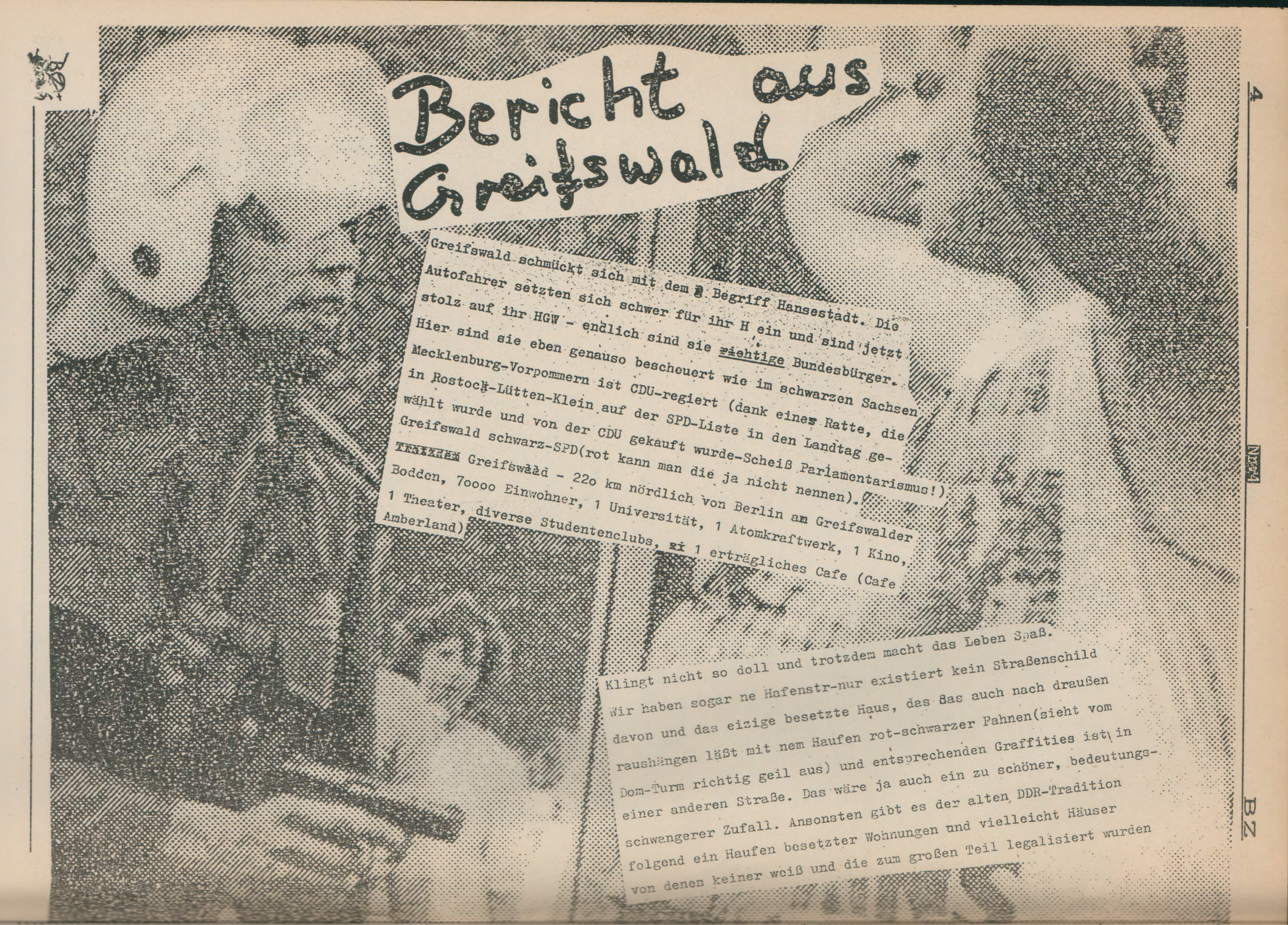
unsere adressen:

fachschaft lai (bz) rüdesheimerstr.54-56
1000 berlin 33

cafe subversiv (bz) brunnenstr, 7
1054 berlin

bis denne





Bericht aus Greifswald

Greifswald schmückt sich mit dem B Begriff Hansestadt. Die Autofahrer setzten sich schwer für ihr H ein und sind jetzt stolz auf ihr HGW - endlich sind sie wichtige Bundesbürger. Hier sind sie eben genauso bescheuert wie im schwarzen Sachsen. Mecklenburg-Vorpommern ist CDU-regiert (dank eines Ratte, die in Rostock-Lütten-Klein auf der SPD-Liste in den Landtag gewählt wurde und von der CDU gekauft wurde-Scheiß Parlamentarismus!) Greifswald schwarz-SPD(rot kann man die ja nicht nennen).

TXXXXX Greifswald - 22o km nördlich von Berlin am Greifswalder Bodden, 7oooo Einwohner, 1 Universität, 1 Atomkraftwerk, 1 Kino, 1 Theater, diverse Studentenclubs, xi 1 erträgliches Cafe (Cafe Amberland)

Klingt nicht so doll und trotzdem macht das Leben Spaß. Wir haben sogar ne Hafenstr-nur existiert kein Straßenschild davon und das eizige besetzte Haus, das Bas auch nach draußen raushängen läßt mit nem Haufen rot-schwarzer Pahnen(sieht vom Dom-Turm richtig geil aus) und entsprechenden Graffities ist in einer anderen Straße. Das wäre ja auch ein zu schöner, bedeutungsschwangerer Zufall. Ansonsten gibt es der alten DDR-Tradition folgend ein Haufen besetzter Wohnungen und vielleicht Häuser von denen keiner weiß und die zum großen Teil legalisiert wurden

weil die Wohnungsverwaltung sich gar nicht kümmern kann.
Wie alle "offiziellen" XXXXX besetzten Häuser in Deutschland (verrecke!) haben auch die Leute dort genug Streß mit Nazis und anderen Idioten! Nicht nur mit den20 Teenies aus den Neubau-Wohnghettos, sondern immer mal wieder mit zugereisten Hohlbirnen aus Neustrelitz, Neubrandenburg, Rostock, Berlin. Hakenkreuze und son Mist tauchenleider auch öfter auf. Eine zeitlang hatten sie sogar ein leeres Einfamilienhaus besetzt und ihre Shweinereichskriegsflagge am 20. April gehisst. Nachdem es aber im Haus nachts zufällig zweimal brannte zogen sie sich zurück. Mit der Zusage vom Bürgermeister -alter CDU-Pfaffe- für ein neues Haus!! Vielleicht noch mit Telefon- und Faxanschluß, damit sie ihre ~~Er~~ E-"Bewegung" besser aufbauen können?!!!

Ansonsten wird das Stadtbild eher durch linke-alternative Leute bestimmt, was auch schon Volker Rühe im Wahlkampf genervt hat: "Diese jugendlichen Störer sind doch alle aus Hamburg aus der Hafenstr. angereist!" Sehr schmeichelhaft für uns. Nur als Birne hier war hatten wir leider nicht so treffsichere Leute in unseren Reihen, wie die Hallenser. Wir hatten eher noch etwas Streß mit dem aufgebrachten, dickbäuchigen Pöbel.

Als der FC St. Pauli gegen den Greifswalder SC 3:1 gewann waren 20 Leute mit einem Transparent "Solidarität mit dem FC St. Pauli und der Hafenstr." vor Ort.

Zu einer Antifa-Demo-unsere Antwort auf die sich häufenden Überfälle auf ausländische Studenten und Asylanten erschienen auch nur 40 Leute-nicht mal die Betroffenen-dafür fast alle im schwarzer-Block-Outfit. Es ist schwierig die "normalen" Leute zu mobilisieren - alle verkabelt(RTL, Tele 5, Pro 7...) und Videoverseucht.

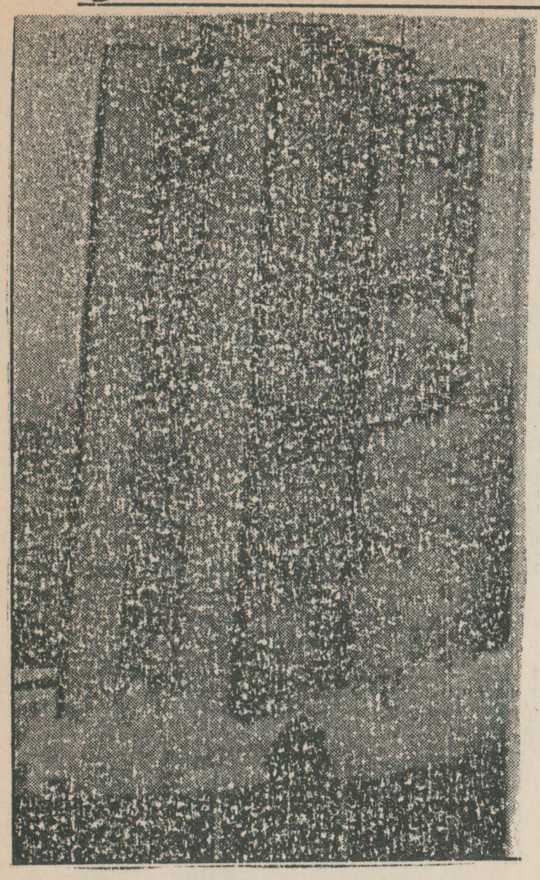
Die einzigen Demos , wo immer noch n'paar Leute den Arsch hochkriegten waren die Anti-Golf-Kriegs-Demos (da waren auch hie r die Kids XXXX am besten drauf), gegen die Abwicklung der medizinischen Fakultät der Uni und sechs Fahrraddemos.

Ansonsten hat der Widerstand viele Gesichter:
angefangen von den legalen Varianten: BI Kernenergie, Eine-Welt-Laden, schwule Selbshilfegruppe Rosa Greif, Verkehrsinitiative Autofreie Innenstadt, Kinderladen, Frauengruppe, Gruppe Ausländer und Deutsche...bis zu den cooleren Sachen: Sprühaktionen an der Commerzbank (sogar den zweiten Stock sauber hingekriegt) und Deutscher Bank (die reagieren schneller und übermalen die guten Sprüche sofort) Mercedes Bonz Aufstellern, und Klebeaktionen zu Deutschland halts Maul und zur rev. 1. Mai-Demo in Berlin.

Für sone Kleinstadt läuft schon ne Menge, doch es könnte mehr sein . Aber Rom wurde auch nicht an eine m Tag und der DDR-Bullen-Staat auch nicht in einer Woche gestürzt.
Und man muß sich je schließlich Entwicklungsmöglichkeiten offenhalten. Drei Sexshops und die Siemensniederlassung blieben bis jetzt unbehelligt.
Und falls die Verbrecher der Atomlobby doch noch irgendwie eine neue atomare Zeitbombe hier oben durchkriegen wäre XXX hier mal Zeit für sone Demos und Aktionen ala Brockdorf oder WAA.

Ob friedlich oder militant
wichtig ist der Widerstand

ein Partizan aus Greifswald



wieder eine menge kopierter zeitungsartikel. leider sind wir , weil wir die infos halt so wichtig finden , darauf angewiesen. es wäre ja so schön, wenn wir diese interessanten dinge von euch selbst erfahren würden...........

Polizei durchsuchte drei besetzte Potsdamer Häuser

Begründeter Verdacht auf Teilnahme an Straftaten

Von unserem Mitarbeiter Ralf Geißler

Potsdam. Drei besetzte Häuser in der Potsdamer Innenstadt wurden gestern in den frühen Morgenstunden von der Kriminalpolizei durchsucht. Die 50 Beamten, darunter zehn Spezialkräfte, handelten auf der Grundlage einer offiziellen Anordnung des Potsdamer Kreisgerichts zur Durchsuchung der Gutenbergstraße 107, 108 und der Hermann-Elflein-Straße 12, dem sogenannten Dreimäderl-Haus. Es bestehe der begründete Verdacht, so Polizeisprecher Erich Etter gegenüber der Berliner Zeitung, daß Bewohner dieser Häuser Raubstraftaten verübt hätten. Beim städtischen Kreisgericht liegen mehrere Anzeigen gegen die Bewohner vor. Hausbesetzer sollen auf offener Straße andere Jugendliche mit Pistolen bedroht und sie gezwungen haben, ihre „Bomberjacken" auszuziehen.

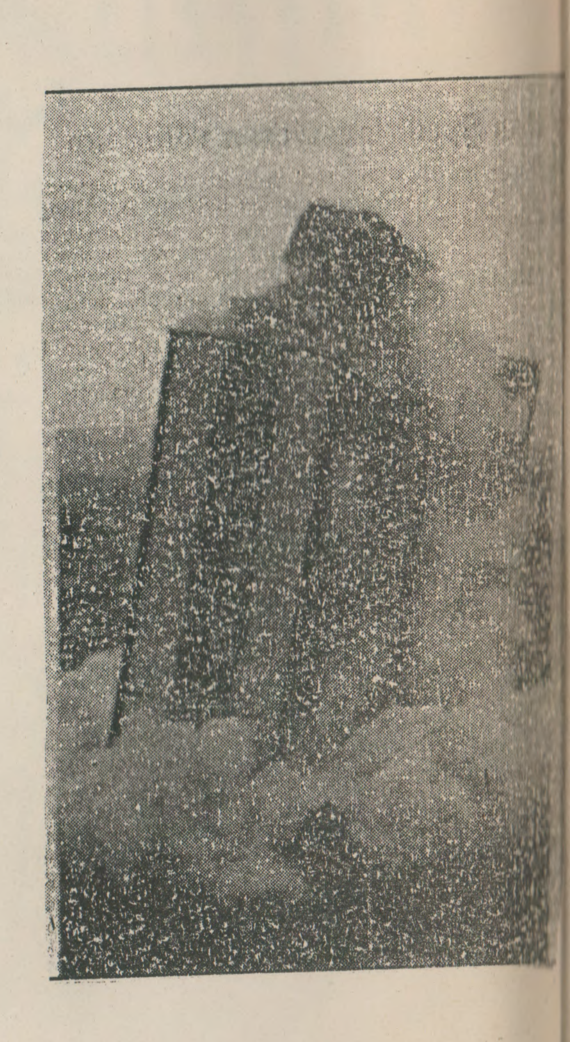
Von den fünfzehn Bewohnern, die zur Feststellung der Identität in die Polizeidienststelle gebracht wurden, nahm die Kripo einen 17jährigen Potsdamer unter dringendem Tatverdacht fest. Die übrigen Personen wurden dann am Nachmittag entlassen und konnten in ihre Häuser zurückkehren. „Es handelt sich also nicht um eine Räumung", betonte Pressesprecher Etter.

Die Potsdamer Hausbesetzer protestierten in einer Presseerklärung aufs schärfste gegen das brutale Vorgehen der Polizei, die bei dem Einsatz Türen eingetreten und Fenster eingeschmissen hat". Etter dazu: „Da der Aufforderung nach Öffnung nicht Folge geleistet wurde, mußten die verbarrikadierten Türen mit einer Ramme vom Spezialkommando geöffnet werden." Insgesamt hätten sich die passiv Widerstand leistenden Besetzer jedoch friedlich verhalten.

Beschlagnahmt wurden nach der dreistündigen Untersuchung, die von vier Uhr bis 6.45 Uhr dauerte, Molotow-Cocktails, Baseball-Schläger, Schußpistolen, Messer, Nebelwurfkörper und Bomberjacken, darunter vermutlich die geraubten.

Der Sprecher der Grünen in Potsdam, Heiko Kretschmer, schätzte die Durchsuchung als Versuch ein, mit anderen Mitteln als der direkten Räumung gegen die Szene vorzugehen. Es sei damit ein Präzedenzfall geschaffen worden. Bisher hatte der Leiter des Polizeikreisamtes, Bernhard Adam, Gewalt gegen besetzte Häuser grundsätzlich abgelehnt. Die gestrige Durchsuchung stand allerdings unter Regie des Kreiskriminalamtes.

Den Hausbesetzern nahestehende Kreise äußerten zudem den Verdacht, daß kriminelle Personen eingeschleust würden, um die gesamte Szene zu kriminalisieren: „In der Mainzer Straße ist es ebenso gelaufen." Ein, zwei kriminelle Elemente seien dabei, und 50 friedliche Hausbesetzer gingen mit hops, hieß es.



Verträge mit Hausbesetzern

Einen Tag vor Ablauf der Frist zum Abschluß von Mietverträgen in den besetzten Häusern in Friedrichshain sind gestern fünf Verträge unterzeichnet worden. Zwei davon sind unbefristete Mietverträge mit Häusern, die eindeutig ehemaliges Volkseigentum waren und nun in der Verwaltung der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) liegen. Mit drei weiteren Gebäuden konnten nur auf drei Jahre befristete Abkommen unterzeichnet werden, da frühere Besitzer bereits Anträge auf Eigentumsrückübertragung gestellt haben. Eine Klausel sicherte zu, daß die Eigentümer bei Bestätigung ihrer Ansprüche über die Häuser verfügen können. Der Sonderbeauftragte der WBF, Rudi Kujat, erklärte gestern, er hoffe, daß noch heute einige Besetzer unterzeichnen werden. Anderenfalls schließe er eine Räumung nicht aus. Insgesamt sind in Friedrichshain 36 Häuser besetzt. Elf davon waren Volkseigentum. ADN

Räumung nach Kirchentag

Essen (taz) — Zwei Tage nach Ende des Kirchentags hat die Polizei in Altenessen gestern das einzige besetzte Haus in der Revierstadt geräumt. Sie traf noch 13 BesetzerInnen an, die sich nicht wehrten und nun teilweise Verfahren wegen Hausfriedensbruchs zu erwarten haben. Für das Haus in dem nördlichen Essener Bezirk liegt seit 1988 eine Abrißgenehmigung vor. Seitdem steht es leer. Mit Strickleitern hatten sich etwa 30 BesetzerInnen vor gut einer Woche den Weg über das zugemauerte Erdgeschoß in den ersten Stock gesucht. Viele von ihnen sind obdachlos. Sie protestierten gegen den Wohnraummangel. Für die BesetzerInnen eines unter Denkmalschutz stehenden, ehemaligen Verwaltungsgebäudes in der Bochumer Innenstadt zeichnet sich ebenfalls keine Lösung ab. Zwar verhandelte die Stadt inzwischen mit den BesetzerInnen, die das Haus mieten wollen, doch blieb sie bei ihrer Absicht, das Haus im Herbst zu sanieren, um es wieder als Verwaltungsgebäude zu nutzen. bm

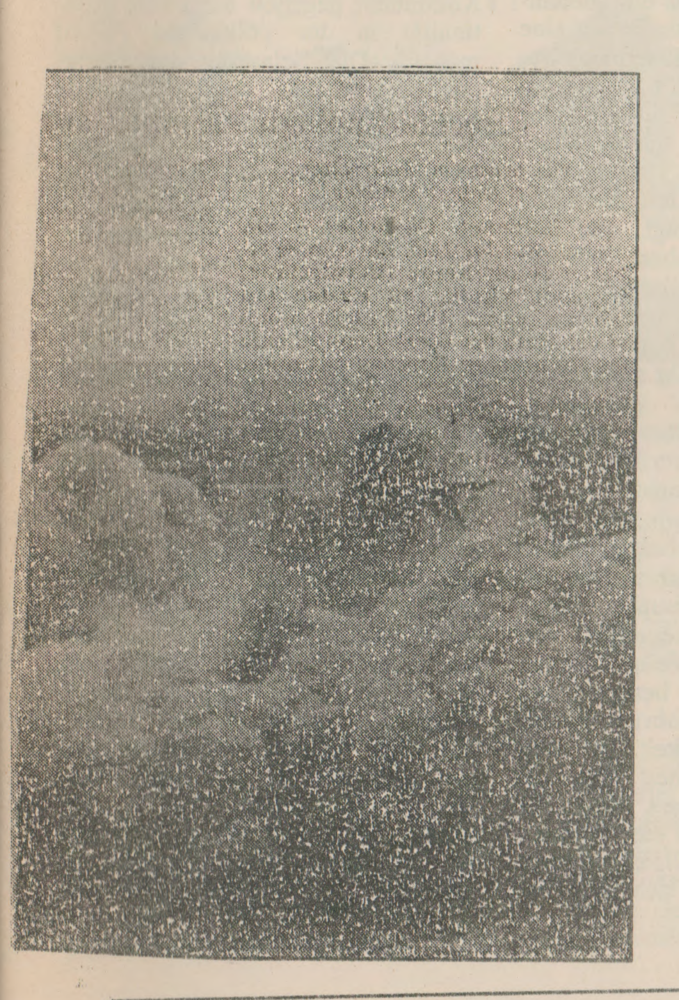
BESETZER

Polizei durchsuchte besetzte Häuser

Potsdam. Die Polizei hat gestern drei besetzte Häuser in Potsdam durchsucht. Dabei wurden ein 17jähriger Jugendlicher unter dringendem Verdacht des Raubes vorläufig festgenommen sowie 14 weitere Besetzer zur Feststellung ihrer Personalien zum Polizeikreisamt abgeführt, wie die Polizei mitteilte.

Räumung in Trier am 14/15.6.

Trier (taz) — Die Polizei hat in der Nacht zum Samstag zwei besetzte Häuser in Trier geräumt und dabei mehrere Besetzer und Demonstranten festgenommen. Die seit langem leerstehenden Häuser in der Karl-Marx-Straße waren erst am Freitag nachmittag besetzt worden, um dort Wohnraum und ein autonomes Zentrum zu schaffen. Nach der Räumung kam es vor dem Polizeipräsidium zu einer Protestkundgebung. Erst in der vergangenen Woche hatten dreißig Leute das Trierer SPD-Haus für mehrere Stunden besetzt, um ihre Solidarität mit den Besetzern in der Hamburger Hafenstraße auszudrücken.



LETZTE MELDUNG

Adam-Schwätzer gegen Berliner Mietpreisbindung

Leipzig/Berlin. Bundesbauministerin Irmgard Adam-Schwaetzer hat sich gestern in einer Rede auf der Jahrestagung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in Leipzig gegen eine Mietpreisbindung in Berlin ausgesprochen. Die FDP-Politikerin widersprach damit Diepgen, der nach der Entscheidung für Berlin gesagt hatte, die Mietpreise machten ihm keinen Kummer, da es das Instrument der Mietpreisbindung gebe. Das würde aber die Wohnungssituation in Berlin künftig nur noch verschlimmern, meinte die Ministerin. »Dies wäre ein falsches Signal, eine Entmutigung der potentiellen Investoren für den Wohnungsmarkt Berlin«, sagte sie weiter. Für eine Regulierung der explodierenden Mieten für Gewerberäume hat sich dagegen die Berliner CDU eingesetzt. Der Landesvorstand forderte den Senat auf, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative einzuleiten, die für einen wirksamen Rahmen bei der Gestaltung der Gewerbemieten sorgen solle.



HÄUSERKAMPF HEUTE - BEWEGUNG ODER STILLSTAND?

Die großen Zeiten des Häuserkampfes,als Hausbesetzungen noch von einer Massenbewegung getragen wurden, sind eigentlich seit nun schon fast 10 Jahren vorbei. Zwar gab es in den letzten Jahren vor allem in den Großstädten (HH, Köln) immer wieder Besetzungen, die allerdings meistens von einer relativ überschaubaren Szene durchgeführt wurden, aber sie besaßen lange nicht die Sprengkraft früherer Besetzungen (z.B. Berlin). Warum die Bewegung zerfiel, welche reale Bedeutung Häuserkampf heute noch hat, und welche Möglichkeiten in dieser Aktionsform stecken, versucht dieser Artikel ansatzweise zu analysieren.

I. Gründe für den Zerfall der Häuserkampfbewegung

1. Bullenaufrüstung und Kriminalisierung

Der naheliegendste Grund um das Ende des Häuserkampfes als Massenbewegung zu erklären, ist sicherlich die parallel zur Radikalisierung der Szene wachsende Bullenaufrüstung und die daraus folgenden immer militärischer anmutenden Auseinandersetzungen auf der Straße und zur Verteidigung der Häuser. Dabei hat die Bewegung, trotz Putztruppen u.ä. natürlich eine (militärische) Niederlage nach der anderen erlitten. Riesige Kriminalisierungswellen bis hin zur Anwendung des §129/a führten dann letztendlich zum kollektiven Ohnmachtsgefühl und damit zum Untergang der Bewegung. Gleichzeitig wurde der Bewegung durch die Pressehetze, insbesondere durch die Diffamierung als terroristisches Umfeld, die Solidarität der Bevölkerung entzogen, sodaß eine überschaubare und damit noch besser kriminalisierbare Szene übrigblieb. Wie gesagt, daß ist naheliegendste und häufig angeführte Begründung für den Zerfall der Häuserkampfbewegung. Sie ist sicherlich richtig, bleibt aber in ihrer Äußerlichkeit eindimensional und erfaßt nicht die ideologischen und strukturellen Veränderungen der Bewegung in einem Kampf, der mehr infrage stellt als nur nationale Wohnungspolitik und kapitalistische Verwertungsinteressen.

2. Die Masse löst sich auf

Der Massebegriff, einst von sozialistischen Gruppen in den Häuserkampf getragen, hat seine Bedeutung im Laufe der Jahre fast gänzlich verloren. Das liegt nicht allein an den Entsolidarisierungskampagnen der Herrschenden mit Hilfe der bürgerlichen Presse und auch nicht an einer tendenziellen ideologischen Verschiebung innerhalb der Bewegung - weg vom kommunistischen hin zum autonomen und anarchistischen Gedankengut- sondern vor allem an den Erfahrungen, die zwei Jahrzehnte unter extremen Lebens- und Kampfbedingungen gemacht wurden. Nicht wenige besetzte Häuser gingen an internen Auseinandersetzungen zugrunde, an fehlender politischer Übereinstimmung und an persönlichen Differenzen. Eine Konsequenz aus dieser Erfahrung ist, daß Hausbesetzungen kaum mehr von einem Kampfbündnis getragen werden. Vielmehr werden häufig in einer relativ langen Vorbereitungszeit persönliche Vorstellungen und politische Ansprüche formuliert bzw. diskutiert, z.T. in Gruppen, die sich bereits nach Sympathiegesichtspunkten zusammengeschlossen haben. Zusammen Leben braucht mehr als ein gemeinsames politisches Objekt. Das ist eine Erfahrung aus der Häuserkampfbewegung, die dazu geführt hat, daß in der Szene individuelle Faktoren mehr berücksichtigt werden, stärkeres Gewicht auf persönliche Übereinstimmung gelegt wird. Damit das nicht allzu glorifizierend klingt, muß ich vielleicht mal einschieben, daß die Aufwertung des Subjektiven leider häufig genug nur in der individuellen Abgrenzung besteht (Arthur findet Anna zum Kotzen), nicht aber in der Reflexion eigener Strukturen (Arthurs Mackerverhalten wird von Anna mit spitzen Bemerkungen bedacht, Arthur begreift nichts).

Trotz dieser wesentlichen Einschränkung bleibt es dabei, die Szene begreift sich im Vergleich zu den Anfängen des Häuserkampfes heute mehr als ein Zusammenschluß von Individuen, die sehr genau ausloten mit wem sie ein Haus besetzen und mit wem nicht. Die Erfahrung der eigenen Unterschiedlichkeit hat den Begriff einer homogenen oder zumindest handlungsfähigen Masse für absurd erklärt. Was mit einer kleinen Gruppe scheinbar Gleichgesinnter nicht funktioniert, läßt sich nicht auf eine anonyme Masse übertragen. Das allerdings würde bedeuten für alle Zeiten die radikale Minderheit zu bleiben mit entsprechender Aussicht auf politische Erfolge. An diesem Frust, der scheinbar mangelnden Perspektive, letztlich aber der eigenen Unfähigkeit, sind viele zerbrochen. Resignation oder politische Umorientierung (hin zu den Parteien) war die Folge. Die Masse löste sich auf, die Bewegung bröckelte ab.

3. Kräftemangel und Vereinzelung

Politische Repression, persönliche Differenzen und das scheinbare Fehlen einer Perspektive haben zu einem enormen Kräfteverschleiß in der Häuserkampfszene geführt. In vielen Fällen war weder eine persönliche Kontinuität gegeben noch eine Kontinuität in der politischen Arbeit möglich. Die Belastung der Übriggebliebenen war dementsprechend groß. Aufreibende, zum x-ten mal geführte Diskussionen, sich mangels Masse herausbildende Spezialisierungen und daraus folgende Hierachien mit anschließenden Fetzereien darüber, sind wohl bei fast jeder Hausbesetzung der letzten 10 Jahre an der Tagesordnung gewesen. Wurde dieser Streß in der Anfangs- und meistens gleichzeitig Hochzeit der Hausbesetzung noch durch den Druck von außen erklärt, so fiel die Fasssade spätestens in der ersten Ruhephase der Besetzung. Auf Dauer war der nervliche Streß - ständig mit der Räumung rechnen zu müssen - die persönlichen Querelen, aber auch der zeitliche Streß für viele nicht auszuhalten. Kräftemangel und fehlende Kontinuität führten so häufig dazu, daß die Hausbesetzung mit Beruf/ Ausbildung oder z.B. der Kindererziehung nicht mehr vereinbar war.Hausbesetzung wurde zum Fulltime-job und Menschen, die das nicht leisten konnten, fielen ganz schnell aus den Zusammenhängen raus.Bei Menschen mit Job oder Kindern war

das vielleicht am offensichtlichsten, aber im Grunde zahlte fast jede/r ihren/ seinen Preis - auch im politischen Bereich. Häufig konnte die vorherige politische Arbeit nicht mehr in den Häuserkampfalltag integriert werden. Die Szene verlor an Vielschichtigkeit und war nach der Räumung politisch manchmal völlig zerschlagen, die BesetzerInnen meistens schon lange vorher orientierungslos und vereinzelt. Im Laufe der Jahre haben diese, leider bis heute gültigen,Erfahrungen dazu geführt, daß viele Menschen in der Häuserkampfbewegung nicht (mehr) ihr politisches Aktionsfeld sehen konnten.

4. Lebensqualität, Identifikation und Teilbereichspolitik

Obwohl es natürlich immer wieder Menschen gegeben hat, die trotz aller Negativerfahrungen Häuser besetzt haben, ist, wenn mensch die gesammte Bewegung betrachtet, eine Tendenz zum Rückzug in die Teilbereichsarbeit zu erkennen. Im Gegensatz zum Häuserkampf, der den ganzen Alltag umfaßte und somit den einzelnen BesetzerInnen keinen Rückzugspunkt ließ, bot die Teilbereichsarbeit die Möglichkeit sich politisch zu engagieren ohne seine/ ihre



Lebensgewohnheiten großartig verändern zu müssen. Nicht wenige dürften ihre sozialen Kontakte in den Häuserkampfzeiten ebenso vermißt haben, wie die kleinen Bequemlichkeiten, die mensch sich im Alltag schafft. Aus diesen Gründen hat der Begriff Lebensqualität auch in der Szene an Wert gewonnen,meistens jedoch ohne sich bei einer Besetzung konkret umsetzen zu lassen. Dieser Aspekt ist nur scheinbar unwesentlich. In mehreren Gesprächen über Hausbesetzung ist dieser Punkt immer wieder angesprochen worden und zwar als ein Grund sich nicht auf eine Besetzung einzulassen. Die Teilbereichspolitik versprach für viele eine größere Effektivität bei weniger psychischer und physischer Belastung.Daß dabei häufig die Utopien verloren gingen und nur ein Reagieren auf den menschenverachtenden Alltag übrigblieb, daß Kolletivität und das Ausleben eigener Vorstellungen kaum mehr Thema waren, wurde dabei übersehen oder in Kauf genommen. Die Möglichkeit einer Verknüpfung von Alltag und politischen Vorstellungen und eine Entwicklung aus diesem Spannungsfeld heraus, wurde zugunsten eines SpezialistInnentums aufgegeben. Es liegt nahe, daß in der Spezialisierung eine größere Identifikationsmöglichkeit für den jeweils einzelnen Menschen lag, als, aus den genannten Gründen, bei einer Hausbesetzung. Gleichzeitig ist aber unübersehbar, daß die Identifikation mit der politischen Teilbereichsarbeit nur ein schöner Schein ist, der nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß die Vereinzelung gesellschaftlich total ist, und daß sie ihre verbreitetste Form gerade in der Spezialisierung hat. Abgekoppelt vom Ganzen befriedigt sie oberflächlich das Bedürfnis nach Sinn und Perspektive, beruhigt, wo es nichts mehr zu beruhigen gibt. Die berechtigten Ängste und Bedürfnisse, die alle wesentlichen Einfluß auf den Untergang des Häuserkampfes als Bewegung ... hatten, sind letztendlich nicht kritisierbar. Wenn mensch also Bedeutung und Möglichkeiten des Häuserkampfes konstruktiv analysieren will, kann es nur darum gehen, Punkte aufzuzeigen, an denen Ängste aufgefangen und Bedürfnisse befriedigt werden können.

II. Wo steht der Häuserkampf heute?

Der Häuserkampf 1990 hat sich in zweierlei Hinsicht gegenüber den Kämpfen der letzten Jahre geändert. Auf der einen Seite ist es im Chaos der Rekapitalisierung der ehemaligen DDR gelungen Massenbesetzungen durchzuführen (z.Z. sind in O-Berlin noch 112 Häuser besetzt), die nur noch mit Berlin '81 vergleichbar sind, und andererseits ist gerade in den letzten Monaten konsequent von den Bullen geräumt worden. Die Trevi-Forderung, daß bis '92 kein besetztes Haus in Europa mehr existieren darf, wird allmählich in die Tat umgesetzt. Mittlerweile gibt es -nach den Räumungen in Aachen, Münster, Köln und Düsseldorf - kaum ein illegal besetztes Haus mehr in NRW (und es stehen noch weitere Räumungen an, z.B. noch im Januar der Mauritiuswall in Köln). Mit der Räumung der Weißhausstr. in Köln haben sich Politiker und Bullen an das erste lange Jahre bestehende Großprojekt gewagt. Die beiden letzten großen "Aushängeschilder" desHäuserkampfes, die Kiefernstr. in Düsseldorf und der Hafen in Hamburg, werden durch Hausdurchsuchungen, 129/a Verfahren und Pressehetze terrorisiert und so deren Räumungen von langer Hand vorbereitet. Daß die Szene die anstehenden Räumungen nicht tatenlos hinnehmen wird, zeigen bereits die Ereignisse in der Mainzerstr., aber auch die weniger spektakulären Aktionen in Münster und Köln, wo es in beiden Fällen gelang den Städten entsprechend breit zu mobilisieren und auch kleinere militante Aktionen durchzuführen. Die Militanzbereitschaft in der Szene ist durch die steigende Faschistisierung des Alltags gestiegen, und was vielleicht noch wichtiger ist, Häuserkampf ist mit der ständig anwachsenden Wohnungsnot, der wachsenden gesellschaftlichen Selektion und der daraus folgenden Verarmung vieler Menschen wieder zum Thema, für immer mehr sogar zum einzigen Lösungsansatz geworden. Die Entwicklung einer Bewegung scheint wieder möglich. Ob es gelingt hängt wesentlich davon ab, was mensch der totalen Räumungsbefugnis der Bullen entgegensetzt, wie es der Szene gelingt ihre Inhalte zu vermitteln und begangene Fehler bezüglich ihrer eigenen Strukturen nicht zu wiederholen.

III. Die Bedeutung des Häuserkampfes

In den letzten Jahren war Hausbesetzung in vielen Fällen zum relativ leeren Symbol des Widerstandes geworden. Ohne eine revolutionäre Perspektive und ohne Darstellung eines lebenswerten Gegenkonzeptes, bot die Häuserkampf-Szene eher das Bild einer um sich selbst kreisenden

Clique. Ihre Vorstellungen waren allzu häufig eine Mixtur aus ein bißchen Freiraum, ein bißchen lokaler Wohnungspolitik und ein bißchen Vermittlung globaler Zusammenhänge. Wenn überhaupt, gelang es nur in Ansätzen aus dem besetzten Haus ein lebendiges politisches Zentrum zu entwickeln. Gerade darin liegt aber die wesentliche Bedeutung von Hausbesetzung. Der Begriff des lebendigen politischen Zentrums umfaßt bereits zwei Bereiche: die explizit nach außen gerichtete politische Öffentlichkeitsarbeit und auf der anderen Seite die ersten Ansätze andere Lebensformen zu finden.

1. Politische Ansätze

Häuserkampf muß heute mehr sein als nur Kampf gegen Wohnungsnot. Seine Bedeutung zieht er gerade in den 90ern aus dem Kampf gegen die Perfektionierung und lückenlose Verflechtung der Markt- und Herrschaftsmechanismen in Westeuropa, kurz Umstrukturierung. Fälschlicherweise wird darunter oft nur die Umwandlung von Städten in riesige Konsumtempel und die Verdrängung von finanzschwachen Menschen in die städtischen Randbezirke verstanden. Umstrukturierung bedeutet aber auch: die Vertreibung von MigrantInnen und Flüchtlingen, die Zerschlagung der linksradikalen Szene, die Forcierung rassistischen Gedankenguts, die Stabilisierung der Trikont - Ausbeutung, die Perfektionierung der Überwachung usw. Diese Aspekte sind vom Häuserkampf nicht mehr zu trennen,und müssen analysiert und vermittelt werden.

Hausbesetzungen scheinen Stolpersteine für die Mächtigen auf dem Weg zu Europa '92 zu sein. Bestes Beispiel ist Hamburg. Multinationale Konzerne haben ihren Investitionswillen bezüglich Hamburg bekundet, lassen sich aber laut Presse durch die Existenz der Hafenstr. davon abhalten. Indirekt haben sie deren Räumung gefordert. Auf dem Weg zum "vereinten Europa" steigt die Macht der Konzerne bereits erheblich. Der Kampf der Großstädte um westeuropäische Vormachtstellungen hat längst begonnen. Wer mitmischen will in diesem Spiel, und das wollen alle, muß den Forderungen der Multis nachkommen. Die Hafenstr. wird es zu spüren bekommen - die Räumung soll spätestens in diesem Sommer erfolgen. Aber ist die Argumentation schlüssig? Ist Hausbesetzung wirklich ein Investitionshemmnis? Gesammtwirtschaftlich ist die Bedeutung von Hausbesetzungen, also der objektive Wegfall bebaubarer Grundstücke verschwindend. Bedeutung erlangt sie doch nur durch die Drohung der Multis notfalls nicht zu investieren. Günstigstenfalls könnte mensch diese Haltung der Konzerne als Angst vor Anschlägen interpretieren.Doch die Bonzen sind überall angreifbar und das wissen sie auch. So kann es ihnen nur um die Zerschlagung der gesammten linksradikalen Szene gehen. Die besetzten Häuser und besonders die Hafenstr. sind für sie immer noch die Zentralisationspunkte des militanten Widerstandes. Erstens natürlich, weil besetzte Häuser häufig Anlaufstelle für die gesammte Szene sind, und weil dort politische Aktionen koordiniert werden oder werden könnten. Zweitens aber, und darin liegt vielleicht die größte politische Bedeutung von Hausbesetzungen, sind besetzte Häuser als illegale Projekte das lebendige Symbol dafür, daß es Menschen gibt, die auf das Primat des Eigentums scheißen. Als solche bilden sie eine Gefahr. Dieses zentrale Moment der Hausbesetzung, was sie von ziemlich jeder anderen politischen Aktionsform unterscheidet, nämlich illegal und gleichzeitig jederzeit greifbar zu sein, stellt die Herrschenden immer wieder vor Legitimationsprobleme. Bislang ging es bei Hausbesetzungen darum, diese Legitimationsprobleme möglichst effektiv zu nutzen, z.B. indem die Besetzungen direkt vor einer Kommunalwahl durchgeführt wurden. Dadurch wurde häufig ein wichtiger Zeitvorsprung erreicht. Im Endeffekt hat diese Politik jedoch meist nicht ausgereicht. Es wurde verpaßt, offensiv mit der eigenen Illegalität umzugehen. Zwar gab es Parolen wie, "Wir nehmen uns, was uns sowieso gehört", aber eine Vermittlung der politischen Positionen zu Gesetzen, Fremdbestimmung, Isolation usw. fand viel zu selten statt, was als eine Ursache dafür angesehen werden muß, daß die Pressehetze gegen Hausbesetzungen immer wieder auf fruchtbaren Boden fiel. Aus diesen Fehlern muß die Häuserkampfszene lernen. Von besetzten Häusern als illegale Projekte muß heute vermittelt werden, daß Selbstbestimmung ein lohnendes Ziel ist, das nur erkämpft werden kann, und daß die Illegalität dabei geradezu unabdingbar ist, weil Gesetze nur zu unserer Unterdrückung existieren. Der Ausgangspunkt für die Vermittlung liegt in der direkten Betroffenheit. Bei Hausbesetzungen sind die AnwohnerInnen ersteinmal mit dem gleichen Problem konfrontiert wie die BesetzerInnen, sodaß häufig eine gewisse Sympathie vorhanden ist. Damit diese Sympathie bei der nächstbesten Aktion

nicht wieder kippt, muß die Totalität der Unterdrückung möglichst anschaulich vermittelt werden, gerade auch um zu zeigen, daß es nicht um politische Kleinkriege geht, sondern um den existentiellen Kampf gegen die absolute BeHERRschung und für ein freieres Leben.

Das Mißtrauen gegen die Herrschenden ist in der Bevölkerung weiter verbreitet als es aus unserer Perspektive häufig aussieht. Eine Aufgabe ist es daher, dieses Mißtrauen durch Informationen als begründet zu beweisen. Damit Häuserkampf wieder zur Massenbewegung wird, reicht das allerdings nicht aus. Dazu müßte es gelingen die Vereinzelung der Menschen hier wenigstens so weit aufzubrechen, daß sie sich wieder als politisch Handlungsfähige begreifen können, als Menschen, deren Ansichten und Vorstellungen von Bedeutung sind, und die ein Recht haben dafür zu kämpfen. Um so zu denken, muß mensch auf seine/ ihre Kraft vertrauen. Die Häuserkampfszene kann das, außer durch die nötige Problematisierung von Recht und Unrecht, in zweierlei Hinsicht unterstützen. Erstens, indem sie individueller auf Personen oder betroffene Gruppen eingeht, also ihrem eigenen Dunstkreis mal entsteigt, und zweitens, indem sie durch das Zusammenleben in dem besetzten Haus die Möglichkeit von politischer Handlungsfähigkeit, als auch die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens aufzeigt. Das heißt für die Szene ihre Strukturen transparenter zu machen, auch in Bezug auf Interna, und sie gleichzeitig permanent zu reflektieren, um nicht in den angeblichen Freiräumen nur die herrschenden Verhältnisse zu reproduzieren.

2. Die Bedeutung des Häuserkampfes für die Szene

Der Häuserkampf hat immer in extremer Form den Stand der Szene widergespiegelt - genannt seien nur die Militanzdebatten - und an wesentlichen Punkten für eine ideologische Entwicklung gesorgt (z.B. Freiraum, Umstrukturierung). Diese Bedeutung kommt ihm auch heute noch zu. Permanent mit der Verflechtung von Kapital und Politik konfrontiert, die Kriminalisierung ständig vor Augen, müssen die BesetzerInnen ihren politischen Horizont erweitern, die Grenzen der 1-Punkt-Politik überschreiten. Als kollektive Lebensform führt Hausbesetzung aber auch notwendigerweise zu Veränderungen in den sozialen Strukturen, und kann so als Versuch angesehen werden unsere Forderung, daß soziale Revolution heute schon beginnen muß, umzusetzen. Durch das extreme Aufeinanderangewiesensein entstehen Reibungen, aber auch praktische Solidarität. Die bisher gelebten Verhaltensmuster greifen häu-



fig nicht mehr und müssen infrage gestellt werden. Das fängt bei der eigenen Faulheit an, geht über Gesprächsstrukturen und Konsumdenken und hört bei sexistischem Verhalten auf. Der Alltag wird politisiert, die Politik muß vermenschlicht werden. Hausbesetzung ist die Chance auf lebenswertere Strukturen hinzuarbeiten, ein Ansatz zur Revolutionierung.

IV. Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen - Den Häuserkampf in Bewegung bringen

Im Folgenden habe ich versucht Ansätze aufzuzeigen, die m.E. wesentlich sind um wieder zu einer Bewegung zu werden. Die Abschnitte sind absichtlich praxisorientiert gehalten, damit, auch wenn es für einige alte Hüte sind, konkrete Schritte deutlich werden.

1. Lebendige Strukturen

Im Zusammenhang mit besetzten Häusern werden Begriffe wie Freiraum und Gegenkultur immer arg überstrapaziert. Beides ist nur in Ansätzen verwirklichbar. Die Grenzen liegen dabei nicht nur in den Repressionen von außen, sondern auch in unseren eigenen verinnerlichten Blockaden begründet. Häufig fehlt einfach die Kraft, die Idee, die Ausdauer oder das Selbstbewußtsein. Die Faktoren sind unzählig, genau wie die Möglichkeiten die diese Strukturen bieten, und die Vorstellungen was unter lebendigen Strukturen zu verstehen ist. Es läßt sich also kein Weg dahin angeben, und das ist auch gut so, wohl aber ein grober Rahmen abstecken, der eine Veränderung vereinfacht.

Um unnötigen Streß und Kräfteverschleiß zu vermeiden, ist es ratsam die Besetzung mit einer relativ homogenen Gruppe durchzuführen, die in der Vorbereitungszeit bereits alle wichtigen organisatorischen und politisch-taktischen Fragen geklärt hat. Dazu gehören auf der organisatorischen Seite Probleme wie Kohlebeschaffung, Renovierungs- und Haushaltsaufgaben, evtl. Kinderbetreuung und die Regelung des internen Informationsflußes. Zu den politisch-taktischen Problemen zählen die Vorgehensweise bei einer anstehenden Räumung, Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik, die Umgehensweise mit Neudazukommenden etc. Zu besprechen gibt es eigentlich immer genug, wichtig für die eigenen Strukturen ist, daß ein regelmäßiges Plenum über die Anfangszeit gerettet wird. Ansonsten werden ganz schnell persönliche und politische Schwierigkeiten unter den Tisch gekehrt (vgl. Interview). Das führt zu Vereinzelungen und irgendwann dazu, daß sich einzelne rausziehen. Um das zu vermeiden, muß von Anfang an der Wille und das Bemühen stehen einen gemeinsamen sozialen Zusammen-

hang zu schaffen.
Lebendige Strukturen setzen ein gewisses Maß an individuellem Wohlgefühl voraus. Dazu gehört außer den sozialen Kontakten vor allem Wohn- und Lebensqualität. Mensch sollte über die anstehende Politik nicht vergessen, daß er/sie Rückzugs- und Reproduktionsräume braucht. Auch hier sind die Bedürfnisse natürlich sehr unterschiedlich und müssen von den BesetzerInnen im einzelnen ausdiskutiert werden. Faktoren wie permanente Kälte oder Lautstärke, fehlende Dusch- und Kochgelegenheiten führen aber wohl genausowenig zu einer guten Athmosphäre wie triste Zimmer oder ein ständiger Baustellencharakter im Haus. Es ist wichtig sich den neuen Lebensraum nach eigenen Schönheits- und Funktionskriterien zu gestalten. Spiel-, Party-, Ruhe- oder Kunstzimmer, die Möglichkeiten sind unzählig. Im Notfall, wenn alles zu viel wird, kann mensch das Haus einen Tag für BesucherInnen sperren oder in Kleingruppen mal für ein paar Tage wegfahren. Abwechslung und Vielschichtigkeit sind zwei weitere Kriterien für Lebensqualität; das gilt sowohl für Aktionen als auch für Personen. Aus einer Monotonie heraus kann nichts entstehen. Also sollte im besetzten Haus darauf geachtet werden, daß mensch nicht nur im eigenen Saft brät. Beschäftigung mit anderen Themen und Vorlieben, Treffen mit FreundInnen, die nicht im Haus wohnen oder die Organisierung von Konzerten, Partys etc. sind einige Möglichkeiten gar nicht erst in die Langeweile zu fallen.
Wenn die sozialen Strukturen stimmen, die politische Arbeit und der Orgkram gut aufgeteilt sind, vielfältige Kontakte nach außen bestehen und die Bedürfnisse nach Ruhe, Abwechslung etc. berücksichtigt worden sind, besteht die Chance auf politische Kontinuität, als auch ein Ansatzpunkt Begriffe wie lebendige Strukturen oder Gegenkultur praktisch mit Inhalt zu füllen. Die einzelnen Individuen können sich an diesem Prozeß genauso entwickeln wie die gesammte Szene. Würde es gelingen diese Alternative zur herrschenden Monotonie zu vermitteln, könnte der Häuserkampf wesentlich an Bedeutung gewinnen.

2. Politische Prämissen
Die zentrale Funktion eines besetzten Hauses, nämlich politisches Zentrum zu sein, läßt sich häufig nicht von den relativ wenigen BesetzerInnen realisieren. Deshalb ist es günstig mit anderen autonomen Gruppen zusammenzuarbeiten und ihnen, wenn möglich, Räume im Haus zur Verfügung zu stellen. So kann das Haus zur Anlaufstelle für alle möglichen Menschen werden, die sich vielleicht nicht für Häuserkampf, aber für Knastarbeit, Frauenpolitik oder Totalverweigerung interessieren. Gerade in den repressionsstarken 90ern ist es wichtig, daß sich viele mit dem Objekt besetztes Haus identifizieren. Ohne Identifikation keine Bereitschaft zum Kampf ... Weitere wichtige und bereits häufig angewendete Methoden der Öffentlichkeitsmobilisierung sind die Eröffnung eines Cafe's im besetzten Haus, das Aufführen politischer Filme und Theaterstücke und das Organisieren von Konzerten mit politisch orientierten Bands. Diese breite Orientierung nach außen muß in nächster Zeit noch verstärkt werden. In Abschnitt III. ist bereits auf die Bedeutung der Vermittlung hingewiesen worden. Um auch die entpolitisierte Bevölkerung zu erreichen, genügt es nicht Flugis zu verteilen oder Punk-Konzerte zu veranstalten. Das naheliegendste ist erstmal Kontakt zu den AnwohnerInnen aufzunehmen, zur Stadtteilgruppe und -zeitung, soweit vorhanden. Von gemeinsamen Festen bis hin zu regelmäßigen Stadtteiltreffen ist alles möglich. Ende der 70er war Stadtteilarbeit noch ein wichtiger Bereich innerhalb des Häuserkampfes, hat sich aber leider nach dem Zerfall der Bewegung z.T. verselbständigt und ist dadurch erheblich entpolitisiert worden. Es liegt an, ihn wieder einzubinden. Besondere Wichtigkeit kommt noch drei weiteren Punkten zu, die ich nur noch kurz erwähnen will. Unumgänglich für jede Besetzung ist eine funktionierende Antirepressionsarbeit, d.h. die Einrichtung einer roten oder schwarz-roten Hilfe, die ein Spendenkonto für eventuell anstehende Prozesse einrichtet und Rechtsberatungen durchführt (über Aussageverweigerung etc.). Desweiteren scheint heute eine breite Bündnispolitik mit dem entsprechenden Drahtseilakt zwischen Militanz und Verhandlung nötig zu sein (vgl. Geschichtlicher Abriß, Bsp. Hafen). Dabei geht es nicht darum autonome Positionen zu verwässern, sondern eine gemeinsame Basis für den Widerstand zu gewinnen. Nicht Autonomie oder Militanz stehen zur Debatte, sondern Umstrukturierung, Isolation und Kriminalisierung. Gerade von letzterer dürften in nächster Zeit viele Linke betroffen sein, so daß durchaus eine praktische Zusammenarbeit möglich scheint. Über die Zusammenarbeit mit allen möglichen Gruppen und die Vermittlung autonomer Inhalte an sie, darf die Vernetzung der besetzten Häuser untereinander natürlich nicht vergessen werden. Auf Stadtebene bietet es sich an BesetzerInnenräte zu bilden (vgl. geschichtlicher Abriß) und überregional gibt es ja mittlerweile die Häusertage, die gerade in Hamburg stattfanden und von ca. 500 Leuten besucht wurden. Das ist ein ziemlicher Erfolg. Er zeigt, daß der Häuserkampf, trotz der Räumungswellen, noch lange nicht am Ende ist.



Schön wär's! Falsches Flugblatt verspricht Billig-Mieten

Von ANDREA HILSCHER

Als Dirk Röber (23) gestern früh in seinen Briefkasten schaute, staunte er nicht schlecht: In einem Rundschreiben der Stadt Frankfurt wurde ihm mitgeteilt, daß die Mietpreisbindung wieder eingeführt wird. Ab 1. Juli dürfen nur noch 5.50 Mark Miete pro Quadra... werden.

„Ich ...

... dezernent Martin Wentz: „Eine Fälschung. Die in dem Schreiben angesprochenen Aussagen sind schlicht unsinnig. Hier wird auf unverantwortliche Weise mit den Ängsten der Frankfurter gespielt." Er hat inzwischen „Anzeige gegen Unbekannt" erstattet.

Jetzt muß geprüft werden, wer ... gebracht hat. Ein

Dieser falsche Rundbrief landete gestern in Tausenden von Briefkästen in Bornheim, Höchst, Gallus, Westend. Foto: Rohnke

BILD ZEITUNG

Fälschung „chaotisiert" Römer

Fingierte Magistratsmitteilung verkündet Mitpreisstopp

FAZ

ja./zor. FRANKFURT. Ein gefälschtes Flugblatt hat gestern die Bürgerberatung am Römerberg und das Büro von Planungsdezernent Martin Wentz (SPD) „chaotisiert", wie sich Referent Michael Kummer ausdrückte. Pausenlos klingelten die Telefone. In dem Schreiben, das mit einem nachgemachten Stempel der Stadt Frankfurt und einer offenbar hineinkopierten Unterschrift des Stadtrats versehen war, wurde ein angeblicher Beschluß der Stadtverordnetenversammlung bekanntgegeben, der vorsehe, eine „Mietpreisbindung (Schwarzer Kreis) zum 1. 7. 91 wieder" einzuführen. Die Höchstgrenze für den Quadratmeterpreis an Wohnraum, hieß es in dem Flugblatt weiter, sei auf 5,50 Mark festgesetzt worden.

Die fingierte Mitteilung steckte am Morgen in zahlreichen Briefkästen, unter anderem in Sachsenhausen, Bockenheim und im Nordend. Kummer bezeichnete die „hochprofessionell durchgeführte" Aktion als „bösartige Desinformation". Offenbar sei gezielt auf Auseinandersetzungen innerhalb der SPD angespielt worden. In dem Schreiben hatte es geheißen, mit dem Ausscheiden von Oberbürgermeister Volker Hauff werde künftig auf Bürohochhäuser und auf die Bewerbung um die Europäische Zentralbank verzichtet. Für Rückfragen war eine Telefonnummer im Planungsdezernat und die des Römertelefons angegeben worden. Kummer äußerte, er habe eine „vage Vermutung", daß das gefälschte Flugblatt aus dem Umfeld fundamentalistischer Magistratsgegner komme.

Von einem „üblen Scherz" sprach Stadtrat Wentz. „Ich find' das gar nicht lustig", sagte er im Planungsausschuß. Der vermeintliche Scherz gehe zu Lasten derjenigen, die sich ohnehin durch steigende Mieten bedroht fühlten. Carola Scholz von den Grünen sah dagegen in dem Flugblatt einen „dringlichen Hinweis" auf die Wohnungsnot. Man müsse die Aktion als Fingerzeig sehen, daß die Mietpreisüberwachung zu verstärken sei.

STADT FRANKFURT AM MAIN

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Über 20.000 Menschen in unserer Stadt sind Wohnungssuchende. Die Mieten sind in den letzten Jahren überproportional angestiegen. In Frankfurt gibt es eine Wohnungsnot. Diese Wohnungsnot verlangt eine viele Jahre andauernde Anstrengung, sowohl beim Neubau von Wohnungen, wie beim Schutz der Mieter.

Städtische Konzepte wie Stadtteilsanierungen, verbunden mit der vermehrten Anstrengung, Frankfurt zu einem internationalen Finanzzentrum auszubauen, haben nicht zu dem erwarteten positiven Anstoß auf dem Wohnungsmarkt geführt. Die Bevölkerung Frankfurts wird durch diese Konzepte nicht ausreichend mit Wohnraum versorgt, vielmehr ist ein drastischer Rückgang verhältnismäßig billigen Wohnraums zu verzeichnen.

Die Strategie, Frankfurt als eine internationale Dienstleistungsmetropole auszubauen, hat für den Großteil der Bevölkerung, insbesondere für die sozial schwach Gestellten, zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen im Allgemeinen geführt. Diese Strategie steht zur Disposition.

Der Verzicht auf die Ausrichtung der Olympischen Spiele, das Ausscheiden von Oberbürgermeister Volker Hauff eröffnet neue Wege. Der Verzicht auf Bürohochhäuser wie an der Mainzer Landstraße und auf die Bewerbung um die Europäische Zentralbank werden die nächsten Schritte sein.

Neben dem Erarbeiten neuer städtischer Konzepte müssen aber jetzt schon konkrete Maßnahmen zum Schutz des Wohnungsbestandes ergriffen werden.

Wichtige Elemente hierbei sind die Bekämpfung der Zweckentfremdung von Wohnraum und die strikte Verhinderung der Umwandlung in Eigentumswohnungen. Für gewerbliche Zwecke, insbesondere im Bereich der Büronutzung, sind in Frankfurt ausreichende Kapazitäten zur Verfügung gestellt und Neubauten in Aussicht genommen. Wer vor diesem Hintergrund noch Wohnungen in Gewerberaum umnutzt und zweckentfremdet, verstößt nicht nur gegen bestehende Gesetze, sondern handelt gegen die Sozialverpflichtung des Eigentums und schadet den Menschen in dieser Stadt.

Weiter ist aber auch die Explosion der Mieten nicht mehr hinnehmbar. Wir haben gesetzliche Schritte in die Wege geleitet, um dieses zukünftig zu unterbinden und die Mieten auf dem jetzigen Stand festzuschreiben bzw. auch herunterzusetzen.

Durch den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 3.5.91 wird die Mietpreisbindung (Schwarzer Kreis) zum 1.7.91 wieder eingeführt. Die Höchstgrenze für den Quadratmeterpreis an Wohnraum wurde auf 5,50 DM festgesetzt.

In Bezug auf diesen Beschluß haben Sie nunmehr das Recht die Höhe Ihrer Miete entsprechend zu mindern. Sollte Ihre Miete unter den festgesetzten 5,50 DM/qm liegen, gelten weiterhin die gesetzlichen Bestimmungen über die Festsetzung von Mieterhöhungen.

Wenn Sie Rückfragen haben, können diese unter den Telefonnummern 212-33106 bzw, 212-34100 erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

M. Wentz

Martin Wentz (Planungsdezernent)



Leo: So 81/82 ging das hier los. Die Wurzeln der Punkbewegung in der DDR sind nicht in Berlin, sondern eher in Erfurt, Thüringen, Weimar, Karl-Marx-Stadt... Im Süden gab es schon viel früher und auch viel mehr Punks als in Berlin, eher noch so ursprüngliche Asselpunks. Die in Berlin waren schon immer anders drauf – da gab es früher oft Kloppe: jetzt kommen die arroganten Berliner und so. Im Süden der Republik haben sie mehr ihre eigene Kultur entwickelt, das war eigenständiger, echter irgendwie.

Ron: Das merkst du auch jetzt noch, im Süden ist immer noch ne andere Szene, Dresden erinnert mich noch heute an die DDR, die Leute hören sich mehr zu, haben mehr Zusammengehörigkeitsgefühl. In Ostberlin hat sich das sehr schnell an eure autonome Szene angeglichen.

L: Punk war am Anfang ne reine Modebewegung, nicht anders als Popper, New Wave oder New Romantics später. Die Punkbewegung wurde eher zu etwas gemacht, was sie anfänglich gar nicht war: der Staat hat sie richtiggehend in die Rolle ner Protestbewegung reingeprügelt – sonst hätte sich das ziemlich schnell wieder verlaufen. Aber so haben Leute ganz gezielt gesagt: »Ich hab keinen Bock mehr und möchte protestieren .. da kann ich ja da hingehen.« Ich hab zum erstenmal Punks gesehen im Kulturpark Berlin, die haben sich nach meinem damaligen Eindruck mächtig frei benommen – ich war zwölf: Die saßen in der S-Bahn auf dem Fußboden, Tür aufgemacht und rausgerotzt, in der S-Bahn geraucht... Und alle Leute in der S-Bahn waren empört.

Mit 14, direkt die Woche nach der Jugendweihe, hab ich mir das erste Mal so Dinger oben von der Gardinenstange ...

R: ... Eumel ...

L: ... Eumel ins Ohr geklemmt, so'n völlig verschissenes Lederjacket von meinem Alten und irgendwelche Stiefel angezogen, bin zu der Friseuse hoch, die hat mir so'n kurzen Streifen in der Mitte hochgemacht... Später kam ich dann nach Potsdam an diese Schule. Da war ne ganz gemischte Szene, das war für mich die eigentliche Punksache, da hat es überhaupt keine Rolle gespielt, was du anhattest, das war einfach Fun, n Haufen Alkohol, n Haufen Spaß...

Die Zeit, wo ich sagen würde, ich war n richtiger Punk, kam dann in der Lehre, wo sie mir dann aber auch wirklich auf die Nerven gegangen sind damit. Meine Eltern haben angefangen, auf mir rumzuhacken, in der Schule wurde ich rausgekantet, war dann nicht mehr sehr gut. Da bin ich dann Maurer geworden. Und auf dem Bau war's echt Stress mit den Kollegen.

Später wurde das breiter und war deshalb auch nicht mehr so 'n Drama für die einzelnen Leute. Auf dem Frühlingsfestival 88 waren 1000 Leute, das war das Punkfest schlechthin in der DDR, danach ging's bergab. Im Jahr danach gab's schon die tierischen Schlägereien.

In einem totalitären Staat ruft so eine Bewegung starke Reaktionen hervor. Aber nicht nur vom Staat, sondern auch von den Mitbürgern, oder?

L: Es gab auch andere Sachen: in einem Café haben wir mal n älteren Typ getroffen, der hat uns ne Flasche Wermut spendiert, die haben wir mit ihm zusammen ausgesoffen. Dann hat er die nächste spendiert und fing an zu erzählen, daß er das gut fände von uns, daß wir so mutig sind, mit solchen Frisuren rumzulaufen, er hätte früher mal lange Haare gehabt, die hatten die Bullen ihm mit Gewalt abgeschnitten... Und dann gab 's so Typen, z.B. im Bus: »Das müßte mal meiner sein!...« und sich dann ausgemalt haben, was sie mit dir machen würden. Die Bullen wollten ständig den Ausweis sehen, haben immer provoziert, bis du was falsch machst, damit sie dich mitnehmen können. In Potsdam ging es ab 84/85 mit herben Verhaftungswellen los, wo reihenweise Punks einkassiert wurden. Die Anklagen waren Rowdytum, Körperverletzung und so. Unter einem Jahr ging das selten ab, ich hatte zwei...

Kamen viele in den Knast?

L: Von den Leuten, mit denen ich zusammen war, von dem großen Bekanntenkreis, 80 Leuten oder so, waren vielleicht fünf nicht im Knast. Im Laufe der Jahre waren in der DDR bestimmt wesentlich über 1000 Punks im Knast...

Was hat die Punkbewegung gesamtgesellschaftlich bewirkt?

L: Ich sag jetzt n Satz, den ich schon lange mal aussprechen wollte – da müßt ich eigentlich die rote Fahne dazu in die Hand nehmen: Die Punks, die Leute, die aus der Punkbewegung gekommen sind oder von ihr beeinflußt wurden, waren die Leute, die diesen ganzen Umsturz mit bewirkt haben.

Moni: Da fehlt mir was. Am Anfang war es eine Modebewegung und am Ende hat sie das Regime gestürzt. Wie kam das?

L: Wenn du ein Jahr lang im Knast warst, und die drei Jahre lang versucht haben, dich reinzukriegen, dich vermöbelt haben und sonst was mit dir angestellt haben, dann hast du keine Angst mehr. Zum Beispiel die allererste Wahldemo am 7. Juni... Da wollten wir demonstrieren, unseren Protest deutlich machen. Und wenn du im Osten auf die Straße gegangen bist, und seien es nur 20 Leute, dann hast du n Unding veranstaltet, das war echt ein Mittel hier. Aber das konnten nur Leute machen, die keine Angst mehr hatten. Wenn du einem Bullen gegenüber stehst, der sagt: »Alter, ich werd dich jetzt vermöbeln und dann gehst du für vier Monate in die Kiste« – und du sagst dem: »Damit kannst du mich nicht mehr erschrecken!« Mein Großvater hätte sich das sicherlich nicht getraut! Aber wir Punks kannten ja keine Autorität mehr, hatten uns frei gemacht davon. Die FDJ oder der Staat mit seinen ganzen Institutionen, die konnten uns nicht greifen. Dadurch war das erst möglich, daß das Leute machen konnten....

R: Zu dieser ersten Wahldemo haben wir uns in der Grünstraße vor dem Kirchenamt für das Land Brandenburg getroffen, und dann sollte gemeinsam die Petition beim Staatsrat abgegeben werden, direkt. Von der Grünstraße aus sind wir dann spontan zum Alex gezogen. Das war gut, da konnten Bullen und Stasi nichts machen, weil sie mit der Art von Auseinandersetzung nicht umgehen konnten. Wir mitten auf den Alex vor diese Marienkirche. Das wurden dann immer mehr, und da hast du jede Menge Leute getroffen, die du kanntest.

Und dann kam die Scheiße: Nachmittags ging's von der Marienkirche in die Sophienkirche. Wir sind alle hin, viele Zivis mit rein – heute würde man denen auf die Fresse hauen – damals dachten wir »laßt sie sitzen, wir tun ja nichts Unrechtes...«

L: Das war sowieso scharf! Wir hatten ein geiles Rechtsbewußtsein! Wir haben immer gesagt: Wir tun ja nichts Unrechtes!

R: Dann war da stundenlanges Warten. Wir wußten gar nicht, auf wen!

L: Wir saßen in der Kirche und wollten losgehen, da fingen die an, »so jetzt wollen wir erst mal beten« und dann haben sie gebetet, Alter!

R: »Wir beten für die Gefangenen ...«

L: »... und wir beten für die Schafe auf dem Mond und für die Tiere in Alaska, und für die Kranken und für die Wehrdienstverweigerer und für den Verband der Kleintierzüchter....«, für wen der auf einmal alles beten wollte! Der hat wirklich vorgeschlagen, jeden einzeln durchzubeten – bloß damit da keiner rausgeht!

R: Die Idee war aber gewesen, daß wir in ner Demo zum Staatsrat gehen und es da Herrn Stoph oder Herrn Sindermann persönlich übergeben. Jedenfalls gingen dann Mecki und Leo nach vorne, haben das Mikro an sich gerissen ...

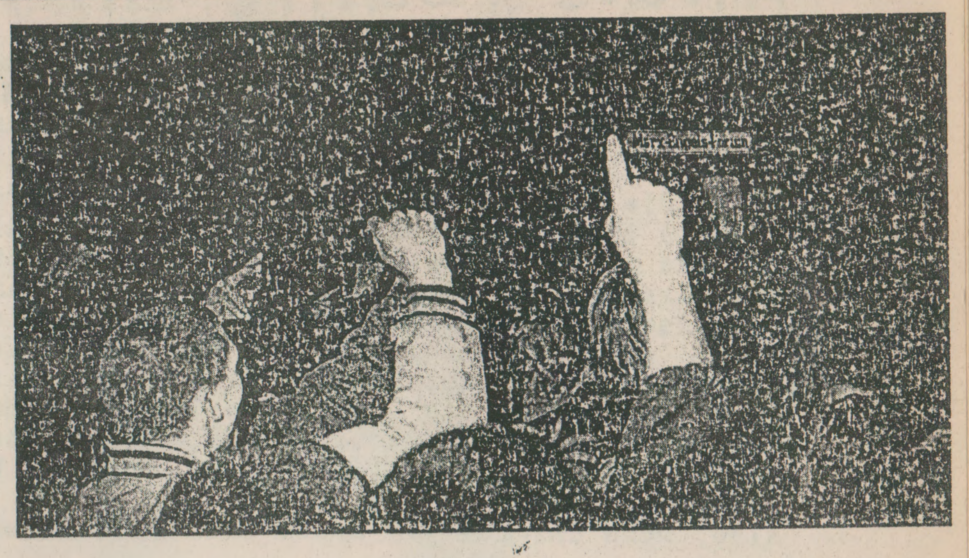
L: Wir haben es dem Passauer weggenommen: »So Alter, du hast genug gelabert!«

R: Und dann »Los, wir gehen jetzt raus!«, und dann ging's auch schon los mit dem ollen Sarg und der Wahlurne und n paar Transpis. Aber vor den Toren hatte sich die Stasi aufgebaut, sie hatten ja auch lange genug Zeit gehabt. Und da kamen wir halt mit dem Sarg, und auf dem Kirchenvorplatz war schon alles vorbei, die haben gleich dicht gemnacht und schon das erste Mal draufgeknüppelt.



L: Die haben sie mit Reisebussen angekarrt, die Bullen, mit Reisebussen!
R: Da mußte ich dann absetzen, und danach waren wir in zwei Hälften gespalten; die Kirchis haben sich natürlich hingesetzt und eingehakt, und wir Punks standen allein rum. Dann wurde mit den Bullen verhandelt und dabei kam raus: Sechs Leute gehen zum Staatsrat, und wir warten so lange, bis die zurückkommen. Und dann ist okay, und wir machen keine Demo.
L: Wir haben ne halbe Stunde lang mit den Bullen gelabert, das mußt du dir mal vorstellen! Wir haben die total mit unserer Moral vollgelabert, angebrüllt und so.
R: Die konnten nichts sagen, waren ganz baff. Aber dann ging's halt tierisch böse ab. Die haben Leute rausgerissen und hinter den Reisebussen tierisch zusammengeschlagen. In dem Bus, in dem wir saßen, gab's Randale, Scheibe rausgeprügelt und so, dem einen Bullen flog der Hut hoch. Da sind die affig geworden, da gab's echt herben Ärger!
L: Am 7. Oktober bei dieser saublöden Demo waren erst 3000 Bürger da, und hinterher vielleicht noch 300 Krautköppe, irgendwelche Kaputtnicks – von 3000 auf der Demo sind nur die übriggeblieben!
R: Wirklich: keine andern!
L: ... 300 Punker, die mit den Bullen ...
R: ... und die andern kommen mit Blumen!
L: 20 Bullen stellen sich über diese breite Straße, lächerlich, gegen 3000 Leute. 20 Bullen, ohne alles – in Ausgehuniform!
R: Das waren aber nicht nur die Punks, gerade bei der Wahlsache haben sich viele reingeworfen. Das hat angefangen mit jungen Leuten, die kirchliche Räume kriegten usw. Und '89 haben sich dann massenweise Kirchenfürsten und solche Leute reingehängt – und andere rausgedrängt. Bevor die Mauer weg war, war das schon gelaufen, Ratzfatz waren diese Typen an der Spitze und wir wurden rausgedrängt.
L: Das ging unheimlich schnell: 7. Juni - 7. Juli - 7. August - 7. September - 7. Oktober sind diese ganzen Demos gewesen, die das gekippt haben. Angefangen haben wir am 7. Juni. Und aus diesen Wahlbetrugsgruppen ist dann ziemlich schnell das *Neue Forum* entstanden. Das ist nicht von der Hand zu weisen, daß wir ein Teil der Kräfte waren, die das hier gekippt haben, ein ziemlich starker Teil. Am 7. Oktober, nach der ganzen Scheiße mit den Bullen sind wir heimgelatscht und haben uns drüber unterhalten, daß wir Mitschuld haben, wenn die Wiedervereinigung kommt, weil wir unseren Staat zu kippen geholfen haben. Da haben wir uns total beschissen gefühlt...

Wie konnte sich so eine Bewegung innerhalb von wenigen Monaten in ihrer großen Mehrheit in eine Bewegung für die freie Marktwirtschaft verwandeln?



R: Wir waren nicht »eine Bewegung«. Wir hatten ein Stück Weg gemeinsam: wir wollten gar keinen Staat und die wollten *diesen* nicht. Wir hatten mit den Demos angefangen, aber das ging unheimlich schnell in ne andere Richtung. Die Demo am 7. September auf dem Alex ging voll in die Hose, dann hieß es am 10. September wieder auf dem Alex, auf der Rückfahrt haben wir uns dann kurzfristig entschieden, an dem Tag in Potsdam ne Demo zu machen. Bei der sind dann viele eingefahren. Ab da ging's tierisch los. Ab September waren wir nur noch am Rotieren....
L: .... und haben uns völlig überrollen lassen ...
R: Wir haben uns das Zepter aus der Hand nehmen lassen, weil wir einfach keinen Bock drauf hatten...

Dann haben wir einen Sprung gemacht zu heute. Was auch damit zusammenhängt, daß wir die Zeit dazwischen noch sehr wenig aufgearbeitet und verstanden haben.

R: Die faschistischen Entwicklungen kommen nicht von heute auf morgen, das gab es schon eine ganze Zeit lang unter dem alten Regime.
L: Aber heute kommt das ganze Protestpotential gegen den aktuellen Sozialabbau dazu. Und da sind ständig irgendwelche Leute am Basteln, das für sich auszunutzen. Und für den Staat ist es besser, wenn das in Richtung rechter Radau geht, als wenn die Leute die wirklichen Ursachen für ihre Wut thematisieren.
R: Dieser Protest weitet sich grad von den Jugendlichen auf die ganze Bevölkerung aus. Ich bin in der Umschulung, und im Unterricht denken jetzt alle ziemlich genauso wie vor der Wende, nur halt jetzt gegen dieses System; die sind völlig hin- und hergeschüttelt worden innerhalb von zwei Jahren. Die sagen, daß alles Scheiße ist, daß das dieselben Schweine sind wie vorher, so in der Art.... Andererseits vergessen sie ihre eigene Schuld dabei, die reden alle so, als wenn sie nicht selber CDU oder SPD gewählt hätten...
Hal: Und dann gibt's andere, die nehmen's als Schicksal: »da müssen wir jetzt durch!«
R: Ich hab das Gefühl, daß die ganz schnell wieder nach was greifen könnten, was ihre Wut ausdrückt, eine Kraft, die durchgreift.
H: Die schieben auch alles auf »die Westler«. Das ist der neue Buhmann.
L: Da kommt ein ganz neuer Rassismus hoch gegen die Westbürger, echt herbe!
R: Das triffst du überall, hier im Konsum und sonstwo; die schieben n richtigen Haß.
L: Und zwar gegen alle *Menschen* aus dem Westen. Nicht gegen Politik, Technologie oder sonstwas, nöö es sind die Menschen, die Leute, die da wohnen!

Das funktioniert ja auf beiden Seiten. Im Westen wird gar nicht wahrgenommen, daß es hier so viele Streiks und Bewegung gab, vor lauter »Unsere Steuergelder fließen da hin«, »Die sind faul«.

L: Dieser Rassismus wird auch geschürt. Selbst das Republikaner-Blättchen gibt sich, als wären die Reps ne ostdeutsche Partei. Genauso diese Super-Illu vom Burda! Alle auf der Linie »Wir Mitteldeutschen müssen uns jetzt wehren!«
R: Die Propaganda der Faschos ist voll auf die Ossis zugeschnitten.

Die Faschos gehen mit ihrer Propaganda so weit nach links, um die Massen zu erreichen, und die Linke bläst Trübsal! Die Linke (West wie Ost) hatte riesige Angst, daß alle Ossis auf Konsumtrip gehen und damit jahrelang ruhiggestellt werden. Aber heute schon gibt es eine breite Ernüchterung und eine Wut. Die Leute sind auf der Suche...

L: Ja, das stimmt. Die Leute wollen nicht so leben, wie sie leben. Wie sie das anstellen sollen, wissen sie selber noch nicht. Aber so wie jetzt wollen sie nicht leben...

oder DDR



An die „wahre Antifa"

Gedanken zum "P.S.Beitrag" des Aufruf zur Demo am 7. 6. "Lesben und Schwule gegen faschistische Gewalt"

P.S.: Die RIM "unterstützt den Volkskrieg" des Sendero Luminoso ("PCP") in Peru. Deren Anführer Gonzalo schreibt: "Homosexualität muß als Geschöpf des Imperialismus ausgerottet werden." 1989 haben sie dies mit der Ermordung von ca. 30 peruanischen Schwulen praktisch durchgeführt. "Zuerst erhalten sie einen Brief, in dem ihnen 'geraten' wird, auf ihre Sexualität zu verzichten, sich zu verstecken, oder abzuhauen. Der zweite Brief ist bedrohlicher: 'Du hast 48 Stunden, das Dorf zu verlassen, schwule Sau!' Nach der dritten Warnung findet mensch einen gevierteilten Körper mit einem Schild: 'So sterben die Bourgeois'." (aus: MENSUAL, spanische Schwulenzeitschrift, April 1991)
Also, wenn ihr die RIM seht: Ruck zuck Fresse dick!

Soll das so verstanden werden?

Nach Schwulen klatschen jetzt die RIM zermatschen

Das ist doch mit " Ruck zuck die Fresse dick" gemeint oder?
Also meineserachtens haben die SympathisantInnen von Sendero Luminoso(Guerilla in Peru) ja wohl die gleichen Probleme wie alle Solibewegungen von Guerillas. Sind doch auch interne ablehnenswerte Widdrspruchslösungen,Liquidierung von "VerräterInnen" und pure Desinformationen z.B. auch bei der Pkk und FMLN bekannt geworden.
Logische Folgerung
wenn die Sendero Luminoso- was noch nicht 100%ig sicher erscheint - zum Schwulenmord auffordert dann sind alle SympathisantInnen auch gleich SchwulenmörderInnen - "Ruck zuck Fresse dick!"
Bisher hat die haarscharfe Analyse von Aktivitäten der Guerilla kaum die Formel ergeben Guerilla = Sympathisanten, das kannte ich bisher nur als staatliche Verleumdungsprppaganda.
Die RIM ist ein Zusammenschluß weltweit organisierter maoistischer sich selbst "revolutionär einschätzender" verschiederner Gruppen.
Sendero Luminoso ist dabei Mitglied der RIM also nicht gleich Sendero nicht gleich SchwulenmörderInnen.
Ich habe den Anspruch den Interessierten autonom,selbständig die Meinungsbildung über Schriften von sich "revolutionär einschätzenden" zu ermöglichen, möglichst unverfälscht, verstehtsich.
Wie bei Knipselkrant, Pkk auch bei Sendero luminoso sollten in deren Verbreitungszusammenhang Kritik und deren Stellungnahmen zusammen geschehen.
Dieses praktiziere ich hiermit. Ich verachte die Diskriminierung von Homosexualität!
Für freie und unzensierte Meinungsbildung!
Die Infoläden Berlins sollen beschlossen haben, daß die Clash nicht in der M99 ausliegen soll.
Es werden also keine weiteren Exemplare dort erscheinen.

zum flugi NACH SCHWULEN KLATSCHEN
JETZT DIE RIM ZERMATSCHEN :

zugegeben: die stelle über die rim in unserem demo-aufruf ist zu **knapp** gehalten und leicht mißzuverstehen. eine gleichsetzung von **guerilla** und sympatisantInnen und sympatisantInnen und schwulenmördern liegt uns fern.

die diskussion über die rim wird aber nicht erst seit unserem demo-aufruf geführt und auf eine inhaltliche diskussion hatten wir aus dem grund keinen bock mehr. wieviele diskussionen und erlebnissse mit der rim brauchen wir noch um einzusehen, daß die rim, und andere stalinistInnen in unseren zusammenhängen nichts verloren haben?

aus der erfahrung mit der rim wissen wir daß sie aber bei jeder demo auftaucht und versucht die demos umzufunktionalisieren. das wollten wir bei dieser demo vermeiden. bei einer lesben und schwulen antifa-demo hatten wir auf solche leute absolut keinen bock. unser "ruck zuck fresse dick" war nicht als aufruf gedacht jetzt täglich loszuziehen und die "rim zermatschen". es hätte verständlicher heißen sollen: wenn ihr die rim AUF DER DEMO seht, ruck zuck fresse dick.

und "ruck zuck fresse dick", gut wir dachten wir sind einigermaßen in der scene bekannt, und jedeR versteht wie das gemeint ist.

wir bezeichnen die leute der rim hier in berlin nicht als schwulenmörder, trotzdem wollten wir nochmal einen kurzen kommentar aus schwuler sicht über die rim loswerden. sympatisantIn einer guerilla zu sein, die so offen schwulenmörder sind, ist schon bedenklich, und wenn mensch die berliner rim-leute auf die "schwulenpolitik" des sendero, oder auf stalin, der tausende von lesben und schwulen ermordet hat anspricht, geben sie zur antwort: "wieso, bist ein schwuler oder was ?" dieses antwort und ihr ungebrochenes versteifen auf stalin lässt zumindest den schluß zu, die rim ist nicht besonders schwulenfreundlich.

die kritik die das flugi enthält ist natürlich zum teil berechtigt, aber es ist zumindest genauso platt wie unser kritisierter demo-aufruf. ein so unreflektiertes aneinanderreihen der unterschiedlichsten befreiungsbewegungen von sendero, FMLN, PKK... (fehlt gerade noch die RAF in der reihe) lässt nicht unbedingt einen festen willen zur konstruktiven auseinandersetzung über befreiungsbewegungen, und die probleme die unterstützerInnen und sympatisantInnen damit haben, erkennen.

es gibt in peru landstriche die von der guerilla verwaltet werden und das militär nichts zu sagen hat. in den gebieten beschützt sendero die bevölkerung vor den faschistischen angriffen der regierung und des militärs. die guerilla ist bemüht der bevölkerung eine schulbildung zu ermöglichen und die analphabetenrate ist hier deutlich geringer als in anderen gegenden. gegen minderheiten und "andersdenkenden" (auch die linksradikale opposition) wendet die guerilla aber die gleichen faschistischen methoden an wie das militär. sie erheben einen absoluten führungsanspruch und lassen nichts neben sich gelten.
das zeigt sich immer wieder deutlich an der zerschlagung von kollektiven und anarchistischen organisationen. sendero luminoso, sich selbst als maoistisch und revolutionär einschätzend, ist ein stalinistischer mörderverein, der vorgibt im sinne der revolution zu morden. mit wirklicher befreiung hat sendero aber nichts am hut. (selbst che würde sich heute davon distanzieren).

anders die FMLN, die bei aller solidarischen kritik, gerade von schwuler seite aus, immer noch genossen und genossinnen sind, und um die wirkliche befreiung in el salvador kämpfen. in salvador werden homosexuelle von der guerilla auch diskriminiert. von morden an schwulen ist nichts bekannt, es ist aber auch schwer vorstellbar. aber das hat einen anderen charakter. hier stimmt das stichwort eurozentristisch. die leute da haben wahrlich andere probleme als das freie leben ihrer sexualität. die sind täglich mit dem tode bedroht, mit hunger, folter... des faschistischen christiani-regimes, der von den USA unterstützten ARENA-partei. ich will das natürlich nicht verniedlichen. es gibt keine punktweise befreiung, erst wenn wir uns von allen zwängen befreit haben, sind wir wirklich frei, und ich will auch nicht die diskriminierung von homosexuellen durch die FMLN verniedlichen. es geht hier um was anderes. mit dem "schwulen argument" könnte mensch alle befreiungsbewegungen und alles was bisher an revolutionären prozessen gelaufen ist zunichte machen. das wäre aber zu einfach und zu eurozentristisch, und würde auch eine konstruktive diskussion verhindern.



gemeint ist damit daß es hier um prioritäten geht, und ich gehe mal davon aus, daß es auch den schwulen in el salvador erst mal darum geht sich vom US-imperialismus, und dem faschistischen alltagsterror der damit zu tun hat, zu befreien, und dann gemeinsam mit allen genossen und genossinnen einen weg zu finden, der der forderung von homosexuellen gerecht wird. im moment gibt es tatsächlich innerhalb der revolutionären bewegung in el salvador keine schwulenbewegung. aber ich bin sicher, daß die guerilla auf schwule forderungen eingehen würde sobald sie gestellt sind.

ums nochmal ganz deutlich zu machen: wir betrachten weder die mörder von sendero luminoso noch den rest der rim als genossInnen, und wollen mit diesen leuten auch nichts zu tun haben!!

es ist nicht unsere absicht die FMLN als das "non plus ultra" darzustellen. im gegenteil. wir haben viel kritik an der organisation und der methoden. aber bei einem vergleich von sendero luminoso und FMLN ist es klar, daß die FMLN so gut abschneidet.

gegen den heterosexistischen alltagsterror!

autonome schwule / schwule autonome

viva la revolution

Kumpel demonstrierten mit „Möllemann"-Sarg

Anläßlich einer Landtagsdebatte über die zukünftige Kohlepolitik zogen am Mittwoch etwa 600 Bergleute mit einem dunklen Sarg, der die Aufschrift „Möllemann" trug, durch die Düsseldorfer Innenstadt.

25 000 Kumpel demonstrierten gegen Kohleplan Möllemanns

Rund 25 000 Bergleute haben estern in Saarbrücken gegen die läne von Bundeswirtschaftsminiter Möllemann (FDP) zum Suvenionsabbau im Kohlebergbau demonstriert.

Mit Spruchbändern, schwarzen Särgen und einer am Galgen hängenden „Möllemann-Plastikpuppe" zogen die mit Bussen aus den Kohlerevieren an Saar, Ruhr und in den neuen Bundesländern angereisten Bergleute in einem Sternmarsch zu einer Abschlußkundgebung zum Saarbrücker Ludwigsplatz. Größere Zwischenfälle gab es — bis auf ein Verkehrschaos in der Saarbrücker Innenstadt — nach Darstellung der Polizei nicht.

Bei der Protestaktion führten die Bergleute wieder eine am Galgen baumelnde Möllemann-Puppe mit. Foto: dpa

Brennende Strohpuppe

Wirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann wurde von Bergleuten symbolisch am Galgen verbrannt



Einige Kritische Anmerkungen und Ergänzungen zum 2.Juni-Artikel BZ Nr.3

- Woher ihr den Lautsprecherwagen habt ist überflüssig zu erwähnen

-marschieren??-sind wir den Soldaten/Bullen???
Karl Heinz Kurras- der Benno Ohnesorg erschossen hat war Hauptwachmeister der weiter als Bulle den Mächtigen/Herrschenden Bonzen diente
(21.11.67 Freispruch-fahrlässige Tötung)

-vorm Rathaus Schöneberg schlugen die extra eingeflogenen "Jubelperser" mit 2m Holzlatten auf die Gegendemonstranten/inn ein (siehe auch Videos/Filme von damals)

-nach Bennos Ermordung liessen die Bullen die Lüge verbreiten - ein Bulle sei von Demonstranten getötet worden es begann die Jagd auf Anti-Schah Demonstrant/inn/en

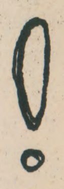
-"Terrorismus , Unwesen,...raubten,entführten,und mordeten für die Revolution(Zitat) - seit ihr den total bescheuert so einen Dünnschiss als Redebeitrag auf einer Demo zu verlesen--
Terror gegen das Volk üben die Herrschenden aus ,durch ihre Gesetze/Ämter/Bullen/Richter/Chefs......
die Guerillia liquidiert lediglich ab und zu einige ihrer führenden Kopfe (die schell wieder durch andere ersetzt werden) bzw führt Anschläge auf die ihre Herrschaftssicherung dienende Infrastrucktur durch
Anschläge bei denen Unschuldige Menschen getroffen werden, werden meistens von Faschisten verübt(Oktoberfest München Bahnhaf von Bolonia.....)
Jedoch passieren auch den westeuropäischen Guerillias (ETA/IRA) Fehler
(eine weitere Differenzierung würde zu lang werden und vom eigentlichen Thema wegführen)

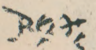
-Etiketten wie das Wort "Terrorismus"-von den Herrschenden unreflektiert zu übernehmen ist genauso dämlich wie von Besetzer/innen-PROBLEM zu reden, oder die von ihnen geprägte Formulierung "An der Schlange vorbei" zu übernehmen ohne sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen;verdreht die Tatsachen-macht uns zum Problem und nicht die von ihnen geschaffen aus Profitgründen geschaffene und gewünschte Wohnungsnot

Eine Schlange gleichberechtigter gibt es nicht -eine Pyramide mit wenigen Superverdienern (Bonzen/Spekulanten.....) breiter Mittelschicht(kleine Firmenbesitzer/brav funktionierenden Yuppies.....) und einen Drittel(??)Arbeitslosen/Sozialhilfeempf/Obdachlosen/Unangepassten -lässt eine gerechte Wohnungsverteilung nicht zu -wer das Geld hat kriegtdie Wohnung (siehe Wohnungssuchbelohnungen!!!-ABREISSEN!!!!) , wer auf der Strecke bleibt ist klar , wer von der Schlange redet(besonders in Besetzer/innenkreisen) redet den Herrschenden nach dem Mund

- Der Lorenz Klau!
kurz vor der Berliner Wahl am 27.2.75 um 8.53 entführte die Bewegung 2.Juni in Zehlendorf (Quermaten/Ithweg) den CDU-Landesvorsitzenden! Peter Lorenz und versteckten ihn in der Schenkendorfstr..in Kreuzberg (1/61) im Keller in seiner Tasche war die Wahlkampfspende(Scheck 10000,-) nicht irgendeiner Wohnungsbaugesellschaft,sondern des allseits bekannt/gehassten Spekulanten-Konzerns namens Klingbeil!!!!
Im Austausch gegen Lorenz kamen die Genoss/inn/en Verena Becker,Gabriele Kröcher Tiedemann,Rolf Pohle, Ina Siepmann und Rolf Heissler frei (Horst Mahler wollte nicht)

P.S. Apropos Jahrestage: 1.7.88 Kubat Δ Räumung
17./18.8. Wunsiedel
22.9.81 (10 Jahre!!!) Kl.J.Rattey ermordet
3.10.
1977 - 18.10. Stammheim
12.11.90 Erfolgreiche Verteidigung der Mainzer
14.11.9o Mainzer Räumung
17.11.89 Ermordung von Conny Wessmann





ZEHNTAUSENDE FLÜCHTLINGE SOLLEN ABGESCHOBEN WERDEN

KEINE ABSCHIEBUNGEN VON FLÜCHTLINGEN ! GEGEN RASSISMUS !

Seit 1989 gibt es in Berlin einen Abschiebestop für Flüchtlinge aus dem Libanon, für TamilInnen aus Ceylon, Iran, Afghanistan und Äthiopien. Aufgrund dieses Abschiebestops erhielten Flüchtlinge aus diesen Ländern eine Duldung.

In Berlin leben ca. 8 000 Flüchtlinge mit einer Duldung.

Aufgrund des neuen AusländerInnengesetzes darf ein Abschiebestop nur noch verlängert werden, wenn der Bundesinnenminister die Zustimmung erteilt.

Auf einer Sitzung der Innenminister Anfang Mai wurde beschlossen, die **Abschiebestops aufzuheben.**

Das ist ein weiterer Schritt der Abschottung gegen Menschen aus Kriegs -und Krisengebieten. Die Situation hat sich in den Ländern, für die es einen Abschiebestop gibt, nicht wesentlich verändert. Trotzdem soll dorthin massenhaft abgeschoben werden.

Die Verschärfung von Gesetzen und verstärkten Rassismus gibt es nicht nur in der BRD und ex-DDR, sondern auch in anderen europäischen Ländern.

In Frankreich gibt es schon seit langem den Versuch, Menschen aus anderen Ländern, die keinen Aufenthaltsstatus haben, zu deportieren.

Gegen die geplanten Abschiebungen haben dort die Flüchtlinge angefangen sichzu wehren. Über 30 Tage haben sie u.a. in Paris in einer Kirche einen Hungerstreik durchgeführt, führen sie spontane Kundgebungen und Demonstrationen durch.
Bei einer Demonstration, die Ende Mai in Paris stattfand, haben sich 15 000 Menschen beteiligt. Der Hungerstreik ist inzwischen beendet, die Flüchtlinge befinden sich aber noch in der Kirche und versuchen jetzt in Verhandlungen ihre Forderungen durchzusetzen.

Ein türkischer Flüchtling aus Paris wird über den dortigen Kampf von Flüchtlingen auf einer Veranstaltung in Berlin berichten.

Kommt zur Veranstaltung ! Nehmt an der Demonstration am 27.6. teil !

Überlegt euch selber Aktionen, um die Massendeportationen zu verhindern !

(Aktionsbündnis gegen Abschiebungen)

Demonstration:

Donnerstag, 27.6., 18.00 Uhr
Adenauerplatz - Wittenbergplatz

Veranstaltung:

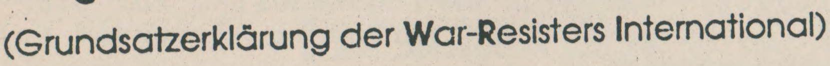
Freitag, 28.6., 19.00 Uhr
Passionskirche Marheinekeplatz
U-Bahn Gneisenaustr.



Erklärung der Berliner Totalverweigerer:



**Der Krieg ist ein Verbrechen
an der Menschheit.
Ich bin daher entschlossen, keine
Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung aller
Kriegsursachen mitzuarbeiten.**


(Grundsatzerklärung der War-Resisters International)

**Krieg beginnt, bevor der erste Schuß fällt.
Ich werde daher keine Dienste leisten, die einen Krieg ermöglichen oder der Vorbereitung eines Krieges dienen können.
Dies bedeutet konkret, daß ich keinen Wehrdienst, keinen zivilen Ersatzdienst und keine mit militärischer oder ziviler Verteidigung im Zusammenhang stehenden anderen Dienste leisten werde.
Ich werde jetzt und in Zukunft keiner wie auch immer begründeten Kriegsdienstpflicht Folge leisten, auch wenn ich mit Strafverfolgung rechnen muß.**

Ich bin damit einverstanden, daß zusammen mit den Namen der anderen Unterzeichner dieser Erklärung auch mein Name veröffentlicht wird, sofern sich mehr als 500 wehr- oder ersatzdienstpflichtige Unterzeichner ebenso zur Veröffentlichung ihres Namens bereit erklären.

Name, Anschrift, Tel.-Nr. **Unterschrift**

____

____

____

Bitte senden Sie diese Erklärung an eine der umseitig genannten Organisationen. Diese werden sie an den mit der Sammlung beauftragten Rechtsanwalt zu treuen Händen weiterleiten.

So-wie-so

Die meisten von uns Wehrdienstflüchtlingen haben vor ein paar Wochen einen etwas zu neugierigen Brief vom Kreiswehrersatzamt Berlin (I oder II) oder vom Zuvieldienstamt bekommen; den haben wir natürlich alle brav im Papierkorb abgelegt - da gehören alle Briefe ohne Postzusellungsurkunde (bzw. Einschreiben mit Rückbrief) hin, mit denen uns das Kreiswehrersatz- oder Zuvieldienstamt nerven will.
Einige wenige haben bereits eine "Anhörung" erhalten und mindestens einer von uns hat bereits einen Einberufungsbescheid rechtmäßig zugestellt gekriegt. Er verweigert total !!!!
Insgesamt sind es in Berlin im Moment 5 Männer, die konkret totalverweigern; ca. 100 weitere haben dies durch die Unterzeichnung der"Erklärung der Berliner Totalverweigerer" öffentlich angekündigt - wir würden gerne noch mehr werden !!!Also unterschreibt das Teil und schickt es an eine der Kontaktadressen! Bei 500 Unterschriften wird eine Namensliste veröffentlicht.

Mit der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR am 03. Oktober 1990 gilt das Wehrpflichtgesetz/Zivildienstgesetz für die BRD auch in West-Berlin, das heißt auch West-Berliner sind wehrpflichtig, und Wehrbehörden der BRD können Hoheitsakte, z.B. Einberufungen in Berlin vornehmen.

Hinsichtlich der Konsequenzen dieser "Normalisierung" ist zwischen drei Personengruppen zu unterscheiden:

1. Echte Berliner
   Hier schon immer ansässige Berliner, zugezogene Ostdeutsche und Bundesbürger, die bei ihrem Eintreffen noch nicht erfaßt waren, sowie aus dem Ausland zugezogene, bis dahin nicht wehrpflichtige Deutsche;
2. Falsche Berliner
   Zugezogene Bundesbürger, die bei ihrem Eintreffen schon wehrpflichtig waren und eine Genehmigung für die Übersiedlung und den weiteren Verbleib in Berlin hatten und haben;
3. Fluchtberliner
   Zugezogene Bundesbürger wie zweitens, die für die Übersiedlung keine Genehmigung hatten oder deren Genehmigung später weggefallen ist. Die erste und zweite Gruppe sind nur bis zur Vollendung des 28. Lebensjahres zum Dienst bei der Bundeswehr oder zum Zivildienst einberufbar, d.h. der Tag des Dienstantritts muß vor dem 28. Geburtstag liegen. Die dritte Gruppe ist bis zur Vollendung des 32. Lebensjahres einberufbar.

Für die erste Gruppe gab es bisher keine zuständigen Wehrbehörden, die in Berlin erst eingerichtet werden, so daß die jetzt 27- und auch der größte Teil der 26-jährigen schon aus praktischen Gründen nicht einberufen werden könnten. Darüber hinaus gilt für diese erste Gruppe ein neuer Erlaß (20.09.90), wonach Wehrpflichtige über 25 Jahre nicht mehr einberufen werden sollen, wenn sie drei Jahre lang nichts von Bundeswehr (und analog müßte dies auch für das Bundesamt für den Zivildienst gelten) gehört haben und wenn der Bedarf an Wehrpflichtigen mit Personen unterhalb von 25 Jahren gedeckt werden kann.

Da nach weiteren Presseerklärungen des Bundesverteidigungsministeriums die ersten (bisher wehrpflichtlosen) Berliner Anfang 1992 einberufen werden sollen, kann für diese (Alters-)Gruppe Entwarnung gegeben werden (= der über 25-jährigen). Es wäre wünschenswert, wenn sie sich trotzdem gegen die Wehrpflicht engagieren würden.

Jüngere Leute der Gruppe 1, die von Einberufung demnächst bedroht sind und keine Möglichkeit haben, sich in ihr Appartement in Monaco zurückzuziehen und auch nicht ihr Leben bis zur Erreichung der Altersgrenze als Unangemeldete fristen wollen, sollten einfach abwarten. (Womit allerdings nicht der Verzicht auf Widerstand gemeint ist!). Ein Kriegsdienstverweigerungsantrag sollte, wenn nicht totalverweigert wird, erst zum richtigen Zeitpunkt gestellt werden. Es ist davon auszugehen, daß nur ein Teil der Wehrpflichtigen zum Bund einberufen wird, während wahrscheinlich alle anerkannten Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst herangezogen werden (Pflegenotstand!!!).

Die Angehörigen der Gruppen 2 und 3 müssen in nächster Zeit mit Aktivitäten der Kreiswehrersatzämter (KWEA's) und des Bundesamtes für den Zivildienst (BAZ) rechnen. Der Versuch einiger bundesdeutscher KWEA's, Einberufungen in West-Berlin zuzustellen, wurde in den letzten Wochen zurückgepfiffen, da nur ein am Wohnsitz des Einzuberufenen zuständiges KWEA dazu berechtigt ist; zahlreiche Einberufungen wurden zurückgenommen, aber Achtung: Inzwischen arbeiten die zwei neuen KWEA's in Ost-Berlin (Pankow und Köpenick sind auch für West-berlin zuständig). Es hat bereits Einberufungen von dort aus gegeben, die zumindest nicht unter Hinweis auf - falsche - Zuständigkeit, zurückgewiesen werden können.

Die oben genannte 25-Jahre-Grenze für die Einberufung soll nach einem eindeutigen Erlaß der Hardthöhe ebenfalls nicht für die in Gruppe 3 Genannten gelten - hier kommt es aus Rachegelüsten der Bonner Militaristen zu unterschiedlicher Rechts-praxis. Wer immer brav die Verlängerung der Genehmigung zum Aufenthalt in Berlin oder eine Zurückstellung beantragt hat, hat vermutlich während der letzten drei Jahre was vom BUND/BAZ gehört, ist also bis 28/32 einberufbar. Wer ohne Genehmigung in Berlin länger als drei Monate war, soll auch nicht in den Genuß der 25-Jahre-Regelung kommen und wird, wie erwähnt, gezielt benachteiligt. Es ist fraglich, ob eine solche Erlaß-Regelung einer gerichtlichen Überprüfung standhalten wird.



Wenn nun etwas vom BAZ oder KWEA kommt, ist das in der Regel nicht gleich die Einberufung, sondern eine sogenannte "Anhörung". Nach §13 der Musterungsverordnung sind Wehrpflichtige, die nicht innerhalb von zwei Jahren nach der Musterung einberufen wurden, vor ihrer Einberufung anzuhören - das dürfte die meisten aus Gruppe 2 und 3 betreffen, also "Nachmusterung" beantragen! Ein Verstoß gegen dies in Art. 103 Grundgesetz verbürgte Recht kann allerdings nach der Rechtssprechung unter Umständen durch eine spätere Anhörung geheilt werden, so daß eine absolute Sicherung gegen böse Überraschungen nicht besteht.

Überhaupt sollten Schreiben und Bescheide von KWEA's aus den alten Bundesländern mit Hinweis auf die Nicht-Zuständigkeit zurückgewiesen werden (Wohnortprinzip!).

Wer plötzlich eine Einberufung per Einschreiben bekommen sollte und noch keinen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hat, muß blitzschnell reagieren. Falls er es schafft, daß sein Antrag innerhalb von drei Tagen nach dem Absenden der Einberufung bei dem KWEA eingeht, ist er erst mal aus dem Schneider (= aufschiebende Wirkung, wenn es ein Erstantrag ist). Ein bei der Post liegendes Einschreiben ist übrigens - im Gegensatz zur Zustellung mit Postzustellurkunde - bis zur Abholung nicht zugestellt. Also nicht in Hektik verfallen.

Wer die Einberufung zum Zivildienst bekommt (und da ist nach wie vor auch in Gesamt-Berlin und der ehemaligen DDR das Bundesamt für den Zivildienst in Köln zuständig), sollte sich überlegen, ob er wirklich noch den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigert oder nicht der Zeitpunkt der Rücknahme des Antrages auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gekommen ist. Im letzteren Fall wäre eine neue Einberufung zur Bundeswehr erforderlich - für die Männer kurz vor 32 möglicherweise eine entscheidender Zeitgewinn.

Wer kurz vor der Altersgrenze 32 steht, wird angesichts der vorstehenden Risiken kaum der Versuchung widerstehen können, unter Verstoß gegen melderechtliche Vorschriften abzutauchen oder unter Umständen durch Stellen eines KDV-Antrages oder Flucht ins Ausland die restliche Zeit zu überbrücken. Mancher wird im Vertrauen auf den nicht so perfekten Datenfluß in den neuen Bundesländern dorthin umziehen. Vor unüberlegten Schritten, die unter Umständen zu einer Verfolgung wegen arglistiger Entziehung vom Wehrdienst, 109 STGB, führen könnten, sollte Rat bei geeigneten Stellen wie der Internationale der Kriegsdienstgegner/innen oder der Deutschen Friedensgesellschaft - VK, die beide in Berlin intensive Beratungsarbeit leisten, eingeholt werden. Möglicherweise kommt eine Einberufung aus gesundheitlichen Gründen nicht in Betracht, oder wegen sonstiger Wehrdienstausnahmen; Z.B. werden Verheiratete mit mindestens einem Kind und Alleinstehende, die das Sorgerecht für mindestens ein Kind haben, zur Zeit nicht einberufen. Auch wer zwei Brüder hat, die schon vollen Wehrdienst geleistet haben, muß nicht zum Bund oder zum Zivildienst. Theologiestudenten genießen ebenfalls Sonderrechte, usw. Um die Zustellung von Einberufungsbescheiden an Berliner Anwälte für ihre Mandanten zu vermeiden, müssen die bisher gefahrlos allgemein erteilten Vollmachten nachträglich beschränkt werden.

Die "Nachmusterung"

Wenn seit der letzten Musterung zwei Jahre verstrichen sind, ist auf Antrag eine Nachmusterung durchzuführen, wenn sich Anhaltspunkte für eine Veränderung des Gesundheitszustandes ergeben. Um dieses Recht auch ausüben zu können, ist der Wehrpflichtige nach § 13 III 1 Musterungsverordnung vor der Einberufung zu hören.

"Zu hören" heißt nur, daß dem Wehrpflichtigen vor der Einberufung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muß.

Die Anhörung erfolgt in der Praxis dadurch, daß dem Wehrpflichtigen vor der Einberufung eine Vorbenachrichtigung zugesandt wird; dann besteht Gelegenheit zur Stellungnahme. Schwierigkeiten treten auf, wenn die Bundeswehr den Wehrpflichtigen nicht anhört, sondern gleich einen Einberufungsbescheid herausschickt, obwohl seit der Musterung oder letzten Anhörung mehr als zwei Jahre vergangen sind. Dann sollte man unverzüglich einen Rechtsanwalt aufsuchen.

Ein Antrag auf Nachmusterung hat nur dann Aussicht auf sog. "aufschiebende Wirkung", wenn der Betroffene vorher "untauglich" gemustert worden ist; war das vorherige Musterungsergebnis "tauglich", besteht kein Anspruch auf diese aufschiebende Wirkung.

Wehrdienstausnahmen und Zurückstellungen

Auch Wehrdienstausnahmen sind i.d.R. ein der Einberufung entgegenstehender Umstand. Gem. § 15 MusterungsVO sind Einberufungsbescheide, die trotz Bestehens einer Wehrdienstausnahme herausgeschickt werden, i.d.R. wieder aufzuheben; bei einer Zurückstellung ist der Einberufungsbescheid aufzuheben oder abzuändern.

Es gibt Wehrdienstausnahmen und Zurückstellungen kraft Gesetzes und solche auf Antrag.

Da Wehrdienstausnahmen kraft Gesetzes keine besondere Aktivität erfordern, seien die wichtigsten Wehrdienstausnahmen hier informationshalber aufgelistet:

- Nicht zum Wehrdienst herangezogen wird, wer (dauernd) wehrunfähig ist und wer entmündigt ist, § 9
- Vom Wehrdienst ausgeschlossen ist z.B., wer wegen eines Verbrechens zu mindestens einem Jahr verurteilt worden ist. Wenn ein Strafverfahren von einiger Bedeutung von der Staatsanwaltschaft zur Anklageschrift eingelei tet ist, erfolgt in der Regel eine Zurückstellung
- Vom Wehrdienst befreit sind insbesondere (hauptamtliche) Geistliche
- ferner Schwerbehinderte (mit mindestens 50% MdE)
- wer nur vorübergehend wehrunfähig ist, wird kraft Gesetzes zurückgestellt.

* *Zurückstellungen*

Zurückstellungen sind hier deshalb wichtiger, weil eine Zurückstellung nicht mit dem Vorliegen eines Zurückstellungsgrundes automatisch eintritt, sondern beantragt werden muß. Hier machen Wehrpflichtige häufig Fehler. Denn dieser Antrag muß innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist erfolgen!

Bekannte Zurückstellungsgründe bei jeder Verfahrensstufe, u.U. schon bei der Erfassung, jedenfalls aber bis zur Musterung geltend machen. Tritt der Zurückstellungsgrund erst nach der Musterung ein, so ist der Antrag nur innerhalb von drei Monaten nach Eintritt des Zurückstellungsgrundes zulässig (§ 20 WPflG). Versäumt der Wehrpflichtige die Antragsfrist, so ist zu prüfen, ob Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand möglich ist (Anwalt).

Wichtig bei Ausbildung: Der Antrag auf Zurückstellung wegen weitgehender Förderung der Ausbildung ist zu stellen, wenn man ein Drittel der vorgeschriebenen *Mindest-Ausbildungszeit* absolviert hat. Dieses Drittel ist rein rechnerisch -im Zweifel tageweise - zu ermitteln, z.B. Mindeststudienzeit 10 Semester, dann ist der Antrag (10 mal 6 Monate=60:3=20 Monate), also nach einem Jahr und acht Monaten zu stellen. Für die Berechnung dieser sogenannten "Drittel-Förderung" ist nicht von der Regelstudienzeit, sondern der Mindeststudienzeit auszugehen.

Beachte: Zurückstellungsanträge können und sollten auch von Berlin aus gestellt werden.

Beachte weiter: Die Kriegsdienstverweigerung befreit den Wehrpflichtigen nicht von der (rechtlichen) Pflicht, Zurückstellungsgründe rechtzeitig geltend zu machen.

** Theologiestudium (als Hauptfach)*

Dem Zurückstellungsantrag muß die Immmatrikulationsbescheinigung und eine Erkläung des Landeskirchenamtes bzw. des Bistums, daß der Wehrpflichtige sich auf das geistliche Amt vorbereitet, beigefügt werden. Wehrpflichtige, die das Theologiestudium noch nicht begonnen haben, z.B. weil sie das Abitur noch nicht haben, können nicht zurückgestellt werden. Trotzdem sollte der Kriegsdienstgegner in diesem Fall das KWEA von seinem Entschluß unterrichten, da die Kreiswehrersatzämter dann in der Regel den Kriegsdienstgegner solange nicht einberufen, bis es ihm möglich ist, das Studium aufzunehmen und die erforderlichen Unterlagen beizubringen. Denn die BW will niemanden in den "Genuß" ihrer teuren militärischen Ausbildung bringen, der ihr im Verteidigungsfall aufgrund seiner späteren Stellung als Geistlicher doch nicht zur Verfügung steht.

Ein anderes Studium kann zusätzlich durchgeführt werden, sofern das Theologiestudium mit dem Berufsziel Pfarrer zum Hauptstudium erklärt wird. Dieses Zusatzstudium muß dem KWEA mitgeteilt werden. Sollte der Theologiestudent nach 1/3 der vorgeschriebenen Ausbildungszeit des Zusatzstudiums sein Theologiestudium aufgeben, könnte er sich wegen seines Zweitstudiums zurückstellen lassen.

** Besondere Härte*

§ 12 Abs. 4 WehrpflichtG: "Vom Wehrdienst soll ein Wehrpflichtiger auf Antrag zurückgestellt werden, wenn die Heranziehung zum Wehrdienst für ihn wegen persönlicher, insbesondere häuslicher, wirtschaftlicher oder beruflicher Gründe eine besondere Härte bedeuten würde."

Es handelt sich hier zwar um eine sog. "Soll-Bestimmung"; trotzdem darf das KWEA sich nicht auf den Standpunkt stellen, es soll zwar zurückstellen, es muß aber nicht. Denn die "Soll-Bestimmung" verpflichtet die Behörde in allen typischen Fällen. Ein atypischer Fall liegt immer dann vor, wenn der Wehrpflichtige gegen das Gebot von "Treu und Glauben" verstoßen hat. Das ist der Fall, wenn er die Voraussetzungen für seine Zurückstellung rechtswidrig selbst geschaffen hat, z.B., indem er dem zuständigen KWEA falsche Informationen gegeben hat oder ihm Informationen vorenthalten hat, über die er aufgrund der Wehrüberwachung auskunftspflichtig ist. Somit besteht auch kein Anspruch auf Zurückstellung, wenn jemand ohne Genehmigung nach Berlin zieht und dann nach Erreichen von Ein-Drittel Studienzeit einen Antrag auf Zurückstellung stellt.

Um nun entscheiden zu können, wann eine besondere Härte vorliegt und wann nicht, gibt das Gesetz eine Reihe Regelbeispiele: § 12 Abs 4 Satz 2 WehrpflichtG: "eine solche (besondere) Härte liegt in der Regel vor

1. wenn im Falle des Wehrpflichtigen
   a. die Versorgung seiner Familie, hilfsbedürftiger Angehöriger oder anderer hilfsbedürftiger Personen, für deren Lebensunterhalt er aus rechtlicher oder sittlicher Verpflichtung aufzukommen hat gefährdet würde oder
   b. für Verwandte ersten Grades besondere Notzustände zu erwarten sind,
2. wenn der Wehrpflichtige für die Erhaltung und Fortführung eines eigenen oder elterlichen landwirtschaftlichen Betriebs oder Gewerbebetriebs unentbehrlich ist,
3. wenn die Einberufung des Wehrpflichtigen
   a. einen bereits weitgehend geförderten Ausbildungsabschnitt,
   b. den zweiten Bildungsweg zur Hochschul- oder Fachhochschulreife, zu einem mittleren Bildungskursus oder zum Hauptschulabschluß,
   c. eine erste Berufsausbildung oder deren ersten Abschnitt unterbrechen würde und in den Fällen des Buchstabens c. weder die Hochschul- oder Fachhochschulreife erworben ist, noch die regelmäßige Dauer der Ausbildung vier Jahre übersteigt."

Auf die Zurückstellung zur Vermeidung einer Ausbildungsunterbrechung soll hier näher eingegangen werden. Es gibt also:

a. Die Zurückstellung wegen erster Berufsausbildung; Berufsausbildung ist z.B. eine Lehre, eine Ausbildung zum Beamten des mittleren Dienstes (Fachhochschulausb., Studium siehe c.).

b. Die Zurückstellung wegen des zweiten Bildungsweges: Es muß der unmittelbare Zweck der Ausbildung im Erwerb der Hochschul- oder Fachschulreife, eines mittleren Abschlusses oder der Hauptschulabschluß bestehen.

c. Alle übrigen Ausbildungen kommen nur als Zurückstellungsgrund in Frage, wenn der Wehrpflichtige sich bereits in einem weitgehend geförderten Ausbildungsabschnitt befindet. Nach der betreffenden Bundesverordnung gilt ein Ausbildungsabschnitt als weitgehend gefördert, wenn der Wehrpflichtige bis zum frühestmöglichen Einberufungstermin ein Drittel der für den Ausbildungsabschnitt mindestens erforderlichen Ausbildungszeit zurückgelegt hat.

Betreibt ein Wehrpflichtiger zwei Ausbildungen gleichzeitig, so müssen die sich daraus ergebenden Zurückstellungsgründe unabhängig voneinander vom KWEA berücksichtigt werden. Das bloße Zusammentreffen von Zurückstellungsgründen bedeutet keinen Verstoß gegen "Treu und Glauben", es sei denn, es ist eindeutig ersichtlich, daß der Zurückstellungsgrund nur im Hinblick auf die Wehrpflicht geschaffen wurde. Unter Ausbildung sind keine Fortbildungsmaßnahmen im Anschluß an eine Berufsausbildung zu verstehen.



Neben den im Gesetz aufgeführten Regelbeispielen gibt es noch andere Tatsachen, die eine besondere Härte nach § 12 Abs. 4 WPflG begründen können, z.B. schwerwiegende berufliche Nachteile und Ausbildungserschwernisse. Der Wehrpflichtige wird nur so lange zurückgestellt, wie er trotz der Zurückstellung noch einberufen werden kann, also höchstens bis zur Vollendung des 28. Lebensjahres. Beim Vorliegen einer unzumutbaren Härte (wozu ein über das 28. Lebensjahr hinausdauerndes Studium i.d.R. nicht zählt) kann über das 28. Lebensjahr hinaus zurückgestellt werden. Wehrpflichtige, die dem KWEA mitteilen, daß sie beabsichtigen, Medizin zu studieren, werden häufig ebenfalls zurückgestellt.

Sonderregelung: Wer - aus verschiedenen Gründen - bis 32 einberufen werden kann, hat bereits bei Geltendmachung einer besonderen Härte Anspruch darauf, über das 28. Lebensjahr hinaus zurückgestellt zu werden. (Verwaltungsgericht Braunschweig 7 VG A 186/85, Bundesverwaltungsgericht 8 C 87/87 vom 26.05.89).

Einberufungsermessen - Väter und dritte Söhne

Für den juristischen Laien folgende kurze Vorbemerkung: Bei der Ermessensausübung hat die Behörde einen gewissen Spielraum. Grundsätzlich können mehrere Entscheidungen, also auch gegenteilige Entscheidungen richtig - im Sinne von gerichtlich nicht angreifbar - sein. Verboten ist der Behörde dann nur Ermessenswillkür, z.B. auch die Ungleichbehandlung in gleichliegenden Fällen ohne einen vernünftigen Grund. Damit in Passau gleiche Fälle nicht grundsätzlich anders entschieden werden als in Nordhorn, kann der zuständige Minister Verwaltungsvorschriften erlassen, die Richtlinien für die Ermessensausübung schaffen.

Zwar sind solche Richtlinien keine Gesetze, aus denen der Wehrpflichtige unmittelbar Rechte ableiten und klagen könnte. Immerhin werden in diesen Richtlinien aber Gleichbehandlungsgrundsätze aufgestellt. Weicht die Behörde willkürlich von diesen Richtlinien ab, liegt in der Regel ein Verstoß gegen das Gleichbehandlungsgebot vor, Art. 3 Grundgesetz. So gesehen sind Erlasse von Ministerien doch von entscheidender Bedeutung.

Der Bundesminister der Verteidigung hat am 05.04.89 unter dem Aktenzeichen VR I 8 24/09/01 einen Erlaß zur Ausübung des Einberufungsermessens herausgegeben, der wir nachfolgend auszugsweise wiedergeben (die nachfolgend verwendete Nummerierung wurde dem Erlaß entlehnt!):

1. Grundsätze

1.1 Den Wünschen und Interessen der Wehrpflichtigen ist, soweit möglich, zu entsprechen.

1.2 Die beruflichen und sonstigen Planungen sind bei der Festlegung des Einberufungstermins zu berücksichtigen. Dabei ist das Einberufungsermessen voll auszuschöpfen.

2. Befristete Nichtheranziehung

2.1 Auf Wunsch des Wehrpflichtigen ist die befristete Nichtheranziehung schriftlich zuzusagen, wenn

- der Bedarf der Truppe an Wehrpflichtigen anderweitig gedeckt werden kann und
- eine gesetzliche Wehrdienstausnahme nicht in Betracht kommt oder nicht in Anspruch genommen wird.

Die Dauer der Nichtheranziehung ist auf die Umstände des Einzelfalles abzustellen; ggf. ist auf die Altersgrenze (28. Lebensjahr) hinzuweisen. Die Zusage der Nichtheranziehung ist in der Regel nur einmal zu erteilen.

2.2 Die Nichtheranziehungszusage kommt insbesondere in Betracht

- bei Zweitausbildung (z.B. zweite Lehre, Meisterausbildung, Umschulung),
- bei Auslandsausbildung,
- aus familiären Gründen,
- bei Existenzgründung,
- zur Festigung des Arbeitsverhältnisses,
- zur weiteren Qualifizierung im Beruf,
- zur Berücksichtigung von Interessen des Arbeitgebers



In Bezug auf 1. Arbeitslose, 2. Abiturienten und 3. Fach- und Berufsoberschulabsolventen ist vor allem bestimmt, daß auf die Belange der Wehrpflichtigen dieser Gruppen, insbesondere auf Wünsche einer bevorzugten Einberufung, Rücksicht zu nehmen ist. Wir geben folgende, uns in der Praxis wichtig erscheinende Unterpunkte wieder:

2.2.3 Ist nach dem Abitur eine praktische Ausbildung beabsichtigt, ist eine Nichtheranziehung bis zum Ausbildungsende auf Wunsch schriftlich zuzusagen.

2.2.4 Ist zum Wintersemester ein Studienplatz zugeteilt, so ist die Nichtheranziehung bis zum Studienende schriftlich zuzusagen.

Der Wehrpflichtige ist darauf hinzuweisen, daß er jedoch vor dem 28. Lebensjahr/ ggf. aus dem Studium heraus/ einberufen wird.

Betracht kommt dabei auch eine Einberufung während des Studiums und nach einer begrenzten Berufstätigkeit, die dem Studienabschluß folgt.

4. Väter

Verheiratete Väter sowie alleinerziehende Wehrpflichtige mit Sorgerecht (z.B. Witwer, Geschiedene) sind nicht einzuberufen, solange der Bedarf anderweitig gedeckt werden kann.

5. Verheiratete ohne Kinder

5.1 Verheiratete ohne Kinder sind grundsätzlich in die Einplanung zum Grundwehrdienst miteinzubeziehen.

Soweit sie bisher wegen ihrer Eheschließung nicht einberufen wurden, sind sie im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazität nach und nach gezielt anzuschreiben, um eine Entscheidung im Einzelfall zu ermöglichen. ...

Nicht mehr anzuschreiben sind Wehrpflichtige

- die 1989 (Geburtsjahrgang 1961) das 28. Lebensjahr vollenden, weil wegen der erforderlichen Überprüfungsverfahren ihre Einberufung überwiegend nicht mehr vor Vollendung des 28. Lebensjahres erfolgen könnte. Stellen sie gleichwohl Anträge, ist ihnen mitzuteilen, daß ihre Einberufung zum Grundwehrdienst nicht mehr beabsichtigt ist;
- denen bereits eine über das 28. Lebensjahr hinausgehende verbindliche Zusage der Nichtheranziehung gegeben worden ist;
- deren Einberufung aus anderen Gründen in absehbarer Zeit nicht in Betracht kommt (in diesen Fällen sind die Wehrpflichtigen erst nach Ablauf des Hinderungsgrundes anzuschreiben);
- aus deren Personalunterlagen sich ergibt, daß sie vor dem 1.1.1985 geheiratet haben. ...

5.2 Auf Wünsche und Anträge der Wehrpflichtigen ist wie folgt zu verfahren:

5.2.1 Bei Eheschließung vor dem 1. Januar 1985

Angehörige der Geburtsjahrgänge 1962 und jünger, die vor dem 1.1.1985 geheiratet haben, sind grundsätzlich nicht einzuberufen.

5.2.2 Bei Eheschließung zwischen dem 1. Januar 1985 und dem 30. September 1988

Angehörige der Geburtsjahrgänge 1962 und jünger, die nach dem 31.12.1984 geheiratet haben, sind grundsätzlich zum Grundwehrdienst einzuberufen.

(Diese Wehrpflichtigen konnten in bezug auf ihre Nichtheranziehung grundsätzlich keinen Vertrauensschutz erwerben, weil der Kabinettsbeschluß ausführlich in den Medien kommentiert worden ist und den Wehrpflichtigen nur vorläufige Nichtheranziehungszusagen erteilt worden sind).

5.2.2.1 Zurückstellungsverfahren

Bei der Prüfung der Frage, ob eine besondere oder unzumutbare Härte vorliegt, ist insbesondere mitzubewerten, daß bei einer Heirat vor dem 1.10.1988 insbesondere der ältere Wehrpflichtige nicht unbedingt davon ausgehen mußte, daß er Wehrdienst leisten müsse, weil der Zeitpunkt der Aufhebung der administrativen Einberufungshindernisse nicht bekannt war. Ihm darf deshalb nicht entgegengehalten werden, daß er bei seinen Dispositionen im privaten und beruflichen Bereich auf seine Wehrpflicht hätte Rücksicht nehmen müssen.

5.2.2.2. Einberufungsermessen

Der Anteil der Verheirateten an der Gesamtzahl der Einberufenen darf maximal 8 v.H. pro Einberufungstermin und Truppenteil betragen (Anteil der Verheirateten der entsprechenden Geburtsjahrgänge beträgt im Durchschnitt etwa 6 v.H.).

Verheiratete Wehrpflichtige sind im Rahmen des Möglichen heimatnah einzuberufen. Dabei ist auf den Standort des Stammtruppenteils abzustellen.

5.2.3 Eheschließung ab 1. Oktober 1988

Bei Eheschließung ab 1.10.1988 gelten die allgemeinen Maßstäbe. Die Wehrpflichtigen sind aber im Rahmen des Möglichen heimatnah einzuberufen. Dabei ist auf den Standort des Stammtruppenteils abzustellen.

5.3. Militärfachliche Verwendung

Die Einberufung zum Grundwehrdienst in militärfachlicher Verwendung ist nach den bisherigen Weisungen durchzuführen.

6. Dritte und weitere Söhne einer Familie

6.1 Beantragt ein Wehrpflichtiger seine Zurückstellung vom Wehrdienst mit der Begründung, daß bereits zwei seiner Brüder den vollen Grundwehrdienst, Dienst als SaZ 2 oder Zivildienst für die Bundesrepublik Deutschland geleistet haben, so ist er gemäß § 12 Abs.4 S. 1 WPflG vom Wehrdienst zurückzustellen, wenn sich aus der Gesamtwürdigung aller Umstände ergibt, daß die Einberufung eine besondere Härte bedeuten würde. Miteinzuberechnen sind auch Halbbrüder und Adoptivsöhne.

6.2. Liegen die Voraussetzungen für eine Zurückstellung nicht vor, ist wie folgt zu verfahren:

6.2.1 Dritte und weitere Söhne einer Familie sind grundsätzlich in die Auswahl für die Einberufung mit einzubeziehen.

6.2.2 Wehrpflichtige, die wegen der Grundwehr-/Zivildienstleistung von zwei Brüdern bisher nicht einberufen wurden, sind generell anzuschreiben, um eine Entscheidung im Einzelfall zu ermöglichen. ... Nicht anzuschreiben sind Wehrpflichtige des Geburtsjahrgangs 1961, weil wegen der erforderlichen Überprüfungsverfahren ihre Einberufung überwiegend nicht mehr vor Vollendung des 28. Lebensjahres erfolgen könnte. Stellen sie gleichwohl Anträge, ist ihnen mitzuteilen, daß ihre Einberufung zum Grundwehrdienst nicht mehr beabsichtigt ist.

6.2.3 Musterung und Grundwehr-/Zivildienstleistung der Brüder vor dem 1. Januar 1985

Von der Einberufung dritter und weiterer Söhne einer Familie aus den Geburtsjahrgängen 1962 und jünger ist grundsätzlich abzusehen, wenn

- sie einen entsprechenden Antrag vor Diensteintritt stellen,
- mindestens 2 Brüder den vollen Grundwehrdienst oder Zivildienst vor dem 1.1.1985 abgeleistet haben und
- der Antragsteller vor dem 1.1.1985 sich zur Musterung vorgestellt hat.

6.2.4. Musterung und Grundwehrdienst-/Zivildienstleistung der Brüder zwischen dem 1. Januar 1985 und dem 30. September 1988

Dritte und weitere Söhne einer Familie der Geburtsjahrgänge 1962 und jünger, die sich zwischen dem 1.1.1985 und dem 30.9.1988 zur Musterung vorgestellt haben, sind grundsätzlich zum Grundwehrdienst einzuberufen. Für Zurückstellungsverfahren und die Anwendung des Einberufungsermessens gelten die unter Nr. 5.2.2.1 und 5.2.2.2 getroffenen Regelungen, wenn

- sie einen entsprechenden Antrag vor Dienstantritt stellen und
- mindestens 2 Brüder bis zum 30.9.1988 den vollen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet haben.

6.2.5 Musterung ab 1. Oktober 1988

Für dritte und weitere Söhne einer Familie gelten die allgemeinen Maßstäbe, wenn sie sich ab 1.10.1988 zur Musterung vorgestellt haben, unabhängig davon, wann ihre Brüder den vollen Grundwehrdienst oder Zivildienst geleistet haben.

7. Wehrpflichtige, die nach den vorstehenden Weisungen nicht einzuberufen sind, können auf Wunsch einberufen werden.

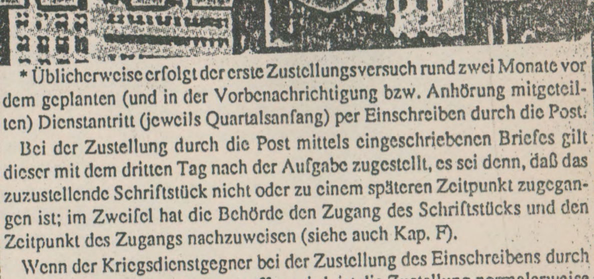
Die Einberufung zur Bundeswehr

Die Einberufung zur Bundeswehr erfolgt auf der Grundlage vollziehbarer Musterungs- bzw. Nachmusterungsbescheide durch das zuständige Kreiswehrersatzamt mindestens vier Wochen vor dem Einberufungstermin durch einen schriftlichen Einberufungsbescheid, der förmlich zuzustellen ist. Gegenwärtig erfolgen Einberufungen jeweils zum Quartalsbeginn.

In dem Einberufungsbescheid wird dem Wehrpflichtigen mitgeteilt, wann und wo er bei der Bundeswehr seinen Dienst anzutreten hat. Wenn der Betreffende diese Anweisungen nicht befolgt, wird die Bundeswehr einen Strafantrag wegen Fahnenflucht bei der zuständigen Staatsanwaltschaft stellen und der Betreffende wird - auch in Berlin - strafrechtlich verfolgt (siehe Abschnitt C3).

Ein Widerspruch gegen einen Einberufungsbescheid ist möglich. Falls Formfehler in dem Bescheid begangen wurden, ist ein Widerspruch auch oft erfolgreich (in der Sache konzentriert sich dies auf die Frage der rechtzeitigen Zustellung des Einberufungsbescheides). Ein solcher Widerspruch hat aber, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, keine aufschiebende Wirkung, d.h. der Betreffende muß auf alle Fälle erst einmal seinen Dienst antreten. Es sollte vorher genau überlegt werden, ob man Widerspruch einlegt, weil damit der Empfang des Einberufungsbescheides zugegeben wird. Dadurch wären Zustellungsfehler geheilt.

Daher ist es unbedingt notwendig, daß die rechtskräftige Zustellung des Einberufungsbescheides vermieden wird. Einberufungsbescheide werden nach verschiedenen im Verwaltungszustellungsgesetz vorgeschriebenen Arten zugestellt:



* Üblicherweise erfolgt der erste Zustellungsversuch rund zwei Monate vor dem geplanten (und in der Vorbenachrichtigung bzw. Anhörung mitgeteilten) Dienstantritt (jeweils Quartalsanfang) per Einschreiben durch die Post.

Bei der Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes gilt dieser mit dem dritten Tag nach der Aufgabe zugestellt, es sei denn, daß das zuzustellende Schriftstück nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist; im Zweifel hat die Behörde den Zugang des Schriftstücks und den Zeitpunkt des Zugangs nachzuweisen (siehe auch Kap. F).

Wenn der Kriegsdienstgegner bei der Zustellung des Einschreibens durch die Post in der Wohnung angetroffen wird, ist die Zustellung normalerweise gültig, denn er kann eigentlich nicht ohne rechtliche Gründe die Annahme verweigern (außer die Zustellung erfolgt zur Unzeit: Nachts um drei Uhr oder an gesetzlichen Feiertagen). Es ist ratsam, die Annahme des Schreibens trotzdem zu verweigern; ob die Zustellung rechtswirksam war, müßte gegebenenfalls später festgestellt werden (vgl. § 4 VwZG).

Werden bei der Zustellung nur Familienangehörige oder sonstige Mitbewohner angetroffen und verweigern diese die Annahme, geht die Einberu-

tung zurück zur Post und wird in der Regel erneut per Zustellungsurkunde zugestellt (s. nächster Punkt). Falls niemand bei der Zustellung angetroffen wird, wird entweder erneut zugestellt oder eine Benachrichtigung über die Hinterlegung des Einschreibens bei der Post hinterlassen.

Der eventuelle Erhalt einer Benachrichtigung reicht allein für die Zustellung eines Einschreibens nicht aus.

* Falls die Zustellung per Einschreiben nicht erfolgreich war, versuchen die Kreiswehrersatzämter durch die Post per Zustellurkunde die Einberufung zuzustellen.

Eine Zustellung per Zustellungsurkunde ist grundsätzlich rechtswirksam, wenn der Kriegsdienstgegner im Bundesgebiet eine Wohnung hat, auch wenn er dort nie angetroffen wird. Diese Zustellmöglichkeit kann nur verhindert werden, wenn der Kriegsdienstgegner sowohl seinen Wohnsitz (gekennzeichnet durch eine pol. Anmeldung) als auch jede Wohnmöglichkeit (= Wohnung ohne pol. Meldung) vorher im Bundesgebiet aufgegeben hat. Wohnung in diesem Sinne kann z.B. das eigene Zimmer bei den Eltern sein. Anders als bei einer Zustellung per Einschreiben reicht die Benachrichtigung über eine niedergelegte Zustellungsurkunde in jedem Fall für die Rechtswirksamkeit der Zustellung aus, auch wenn die Benachrichtigung darüber den Empfänger nie erreicht hat.

* Ferner ist die sogenannte Ersatzzustellung durch die Post oder Behörde möglich, indem der Einberufungsbescheid bei Familienmitgliedern, Mitbewohnern, im selben Haus wohnenden Hauswirt oder Vermieter abgegeben wird, sofern diese zur Annahme des Schriftstückes bereit sind. Diese Zustellungsart wird häufig dann angewendet, wenn die Bundeswehr vermutet, daß der Kriegsdienstgegner an dem betreffenden Ort zwar nicht offiziell wohnt, aber dort ein Zimmer hat, bzw. sich dort regelmäßig aufhält.

* Falls der Kriegsdienstgegner keinen Wohnsitz im Bundesgebiet hat, kann durch Bedienstete des KWEA die Einberufung an jedem Ort im Bundesgebiet zugestellt werden, an dem der Empfänger angetroffen wird. Diese Zustellung gegen Empfangsbekenntnis ist auch bei Annahmeverweigerung rechtskräftig. Eine Variante dieser Zustellung erfolgt gelegentlich bei der Zeugnisübergabe an Abiturienten, die bereits nach Berlin umgezogen sind, durch den Schulleiter oder andere entsprechende dienstverpflichtete Beamte.

* Bei einem Wohnsitz im Ausland können die Wehrbehörden mittels Ersuchen bei den zuständigen Behörden des entsprechenden Landes oder durch die konsularischen Vertretungen in dem Land eine rechtskräftige Zustellung durchführen (kommt aber aufgrund des aufwendigen Verwaltungsverfahrens relativ selten vor). Falls eine solche Zustellung im Ausland nicht erfolgversprechend ist oder die Adresse unbekannt ist, kann eine sogenannte öffentliche Zustellung (per Aushang bei bestimmten Behörden und Mitteilung in offiziellen Publikationen des Heimatortes im Bundesgebiet) erfolgen.

* Eine weitere Zustellungsmöglichkeit bei Personen, die nicht mit den üblichen Methoden erreicht werden können, ist die Zustellung an Bevollmächtigte des Kriegsdienstgegners. Diese Bevollmächtigten können Eltern, Anwälte oder andere Personen sein, die Vollmachten erhalten haben.

So klar und so schlecht uns die ganzen Bestimmungen auch erscheinen mögen, es kann sich natürlich alles ändern. Ein Totalverweigerer wird normalerweise vor Gericht gestellt und in den Knast gesteckt. Bisher gab es jedes Jahr 2-3 Totalverweigerer bundesweit, dieses Jahr sind es schon 5 allein in Berlin. Mal sehen, was passiert, wenn wirklich alle, die das angekündigt haben, auch wirklich konsequent sin d oder wenn wir gar noch mehr werden.

Vergessen wir dabei nicht, daß zur Zeit 80% der westdeutschen Wehrpflichtigen verweigern, daß während der offenen Kampfhandlungen am Golf hunderttausende auf den Straßen waren und sogar Offiziere der Bundeswehr den Rücken zugedreht haben und daß zumindest die Wehrpflicht bis weit in reformistische Kreise hinein mehr denn je in Frage gestellt wird.

Im Übrigen haben wir genau genommen kaum eine andere Wahl, als die totale Kriegsdienstverweigerung offensiv zu betreiben. Selbst eine Flucht ins Ausland hilft uns nicht unbedingt weiter. Es gibt im Zusammenhang mit der Bundeswehr einfach nur eine Sicherheit: Die wollen uns kriegen.

Für mich jedenfalls ist klar: Ich gehe da nicht hin !!! Ich kämpfe lieber offen dagegen, als mich zu verstecken !!!

Bekannterweise gibt es auch noch andere Aktionsformen, als so eine blöde Unterschriftensammlung. Alles ist möglich, alles ist nötig - und zwar schnell!! Wir können natürlich auch weiterhin lethargisch in unserer Opferrolle verharren, bis sie uns alle einzeln an den Arsch kriegen - das ist es, was sie wollen.

Beratungsstellen in Berlin

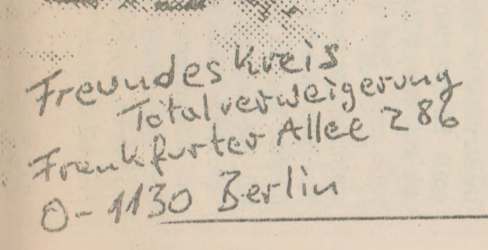
Totale Kriegsdienstverweigerung

Informations- und Aktionsstelle Totalverweigerung Berlin
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
W-1000 Berlin 61
jeden Freitag 17-20 Uhr

Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst, Soldaten, Reservisten, Ausländer und Kranke

Internationale der Kriegsdienstgegner/innen Berlin
Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
W-1000 Berlin 61
jeden Montag und Mittwoch ab 19 Uhr im Mehringhof
und neu(!) ab 10.01.91 zusätzlich auch im:
Anti-Kriegs-Museum
Genter Str. 9
W-1000 Berlin 65 (Wedding), Nähe U-Bahnhof Leopoldplatz, Donnerstag ab 19 Uhr (Kriegsdienst- und Reservistenverweigerung sowie Zivildienst)

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner/innen
Martin-Niemöller-Haus
Pacelliallee 61
W-1000 Berlin 33
jeden Montag ab 19 Uhr



Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
Badensche Str. 29
W-1000 Berlin 31
Aktuelle Beratungstermine erfragen unter 030/8621331 (auch Totalverweigerung)



Die Kettenhunde des Kapitals

Lose Blätter gegen Mietausbeuter, Spekulanten, Banker....
1. Folge 6-91

Diese losen Blätter sollen unsere zarte Versuchung darstellen, einen kleinen Beitrag zur Näherbringung der Bonzen aus der Grunewald-Connection, zu leisten. Wissen ist Macht, war das Schlagwort zu Zeiten der aufflammenden ArbeiterInnenbewegung. Wir würden sagen, Wissen macht so einiges machbar . Hier liegt auch unser Anspruch begraben, einen Teil der Kettenhunde des Kapitals (so nannte Marx die Manager), aus ihrer gewinntreibenden Anonymität zu reißen. Diese losen Blätter sollen in unregelmäßigen Abständen, zu unterschiedlichen Komplexen, in den bekannten Schriften und Lokalblättchens erscheinen.

Die Bauwert/Wohnwert - Gruppe

Diese Spekulantengruppe ist ein neuen Stern am Spekulantenhimmel. Erst vo einigen Jahren hat sie ihren Sitz von München, wo sie erste Erfahrungen mit Spekulation und Mietausbeutung gesammelt haben, nach Berlin verlegt. Der Bauwert-Gruppe gehören ca. 200 Häuser und Grundstücke in Berlin. Ihre Gewinne macht die Gruppe durch eine lukrative Drei-Teilung. Dazu eine sozialrevolutionäre Zelle, die am 17.9.90 den Firmensitz in der Münchnerstr. 47 entglast hat.

"tätig sind die spekulanten.

- in der altbauluxusmodernisierung, ein bsp. ist die katzbachstr. 5, wo die bewohnerInnen durch 3-fache mietsteigerung rausgedrängt werden sollen.
- im bau von hotels u.ä., bsp. der geplante hotelbau auf dem kindlparkplatz in neukölln, hermannstr..
- im abriß und neubau, teils mit öffentlichen geldern finanziert. bsp. wrangelstr. 79 in 36. hier will bauwert das kuckuksei für einen fünfstöckigen neubau abreisen lassen.

das ziel ist immer das gleiche, profitablere mietausbeutung und umstrukturierung der stadtteile für yuppies und besserverdienende."

Umstrukturierung, das ist das Wort, das bei Bauwert wie der Stein in die Scheibe paßt. So schrieb der Besitzer der Katzbachstr. 5, Jürgen Henning aus Lütjensee an die MieterInnen, "Besonders die Bauhausschule unter Walter Gropius hatte sich zum Ziel gesetzt, allen sozialen Schichten der Bevölkerung zeitgemäßen wohnstandart zu bieten." Deshalb sei "in der Katzbachstr. 5 vieles nachzuholen." Wie dies gemeint war bekamen die MieterInnen denn auch gleich zu spüren. Ihre Mieten sollten um das dreifache steigen. So sollte der Einbau eines Fahrstuhles 110 DM und ein Gäste-WC 150 DM monatlich mehr kosten. Auf welche "sozialen Schichten" dies abzielt, war klar. Nur, hier kam die Bauwert-Gruppe nicht durch. Die MieterInnen haben sich kollektiv gegen diese Luxusmodernisierung gewahrt und gewonnen. Alle angestrengten Prozesse hat die Bauwert verloren, nach vorsichtigen Schätzungen macht dies einen Verlust von 45000 DM Prozeß- und Anwaltskosten.

Auch beim Kuckuksei sind sie vorerst nicht durchgekommen. Das Bezirksamt hat ihre Abriß- und Neubauplanung bisher nicht genehmigt. Aber dies scheint nur eine Frage der Zeit zu sein.

Anders dagegen der geplante Hotelneubau in Neukölln. Hier zeigen sich gerade die Bezirksstadträte als Lobbyisten der Bauwert-Gruppe, die ganz schnell ihr Prestige-Hotel haben wollen. Dieses 3-Sterne Luxushotel (450 Betten für 112 Mio. DM) hätte weitreichende Folgen für den Kiez. Zusammen mit den anderenen Umstrukturierungsprogrammen für Neukölln könnten damit die Stadtverplanungsstrategen ihre "Bereiningung" des potentiellen Unruheherdes beschleunigt durchsetzen.

Für die Umstrukturierung der HERRschenden Verhältnisse - gegen die Umstrukturierung der Stadtteile !

Who is who in the Bauwert-Group

Erstmal alle uns bekannten Firmen der Bauwert-Gruppe

Bauwert Baubetreuungs- und Bauträger AG, Grundkapital 1.862.000 DM, Geschäftsführer (GF), Jürgen Leibfried und Thomas Baumgarten.

Bauwert Immobilienverwertungs GmbH, Stammkapital (StK) 51.000 DM, GF, Kfm Wolfram Pfeiffer (8 München 40, Kurfürstenstr. 12).

Bauwert Baufinanzierungsvermittlungs GmbH, StK 51.000 DM, GF, Fred Hausmann (8 München 71, Geisenbrunnerstr. 71a).

Wohnwert GmbH Wohnungsbau und Baubetreunung, StK 60.000 DM, GF, Dipl Ing Georg Celler (8038 Gröbenzell, Gartenstr. 12a)

Wowe Wohnwert Bau GmbH, StK 51.000 DM, GF, Georg Celler.

Sigma Vermögensverwaltungs GmbH, StK 50.000, GF, J. Leibfried und T. Baumgarten.

Alle oben genannten Firmen haben ihren Firmensitz in der Münchnerstr. 47 in 1-30.

Henning Bau GmbH (in Gründung), GF, Jürgen Henning aus Lütjensee.

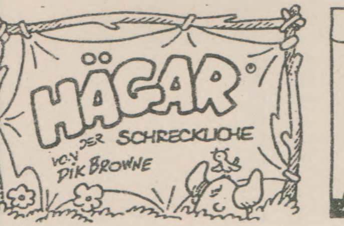
Prinz zu Hohenlohe-Jagstberg und Banghard Beratungs GmbH (Bzw. .... Beratungs und Vermittlungs GmbH & CO KG), Q-Damm 218, StK 50.000 Dm, GF, Egon Banghard (7518 Bretten, Heilbronnenstr. 12) und Wolfgang Otto (Ullsteinstr. 131 b, 1-42). Gesellschafter sind Prinz Johannes zu Hohenlohe-Jagstberg (6994 Niederstetten, Schloß) und E. Banghard. Diese Beratungs GmbH ist für das Anwerben neuer KommanditistInnen zuständig, das in unregelmäßigen Abständen im Hotel Kempinski (Adel verpflichtet) stattfindet.

Die wichtigsten Figuren in diesem Firmenkarusell sind Jürgen Leibfried und Thomas Baumgarten (beide Münchnen) die in allen GmbH's und der AG knapp die Hälfte des Stimmberechtigten Kapitals halten. Dicht gefolgt von Egon Banghard samt seinen Kindern Simone und Axel Banghard (8 München 81, Preysingplatz 12), und Berta Herzog, die in fast allen Firmen mindestens ein Drittel des Kapitals halten. In der Bauwert AG sind noch Herbert und Astrit Kampmann von Bedeutung, beide wohnen in der Schweiz.

Die Geschäftsführer Pfeiffer, Hausmann und Celler sind bestellte GF's, d.h. sie halten kein stimmberechtigtes Kapital.

Wir hoffen jetzt erstmal, daß dies nicht zu verwirrend war. Einige "unbedeutende"

Namen haben wir weggelassen, um den ganzen Komplex nicht noch weiter zu verwirren. Leibfried und Baumgarten sollen seit einiger Zeit in Berlin wohnen, wir haben noch nicht rausbekommn wo.







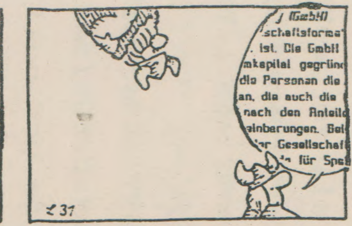
Kurzer Exkurs in die Wirtschaftswelt
What ist what in that firmen-dschungle ?

Die Aktiengesellschaft (AG)

Die AG wird den meisten einigermaßen bekannt sein. Trotzdem noch ein paar Worte dazu. 5 Menschen und 100.000 DM Grundkapital werden zur Gründung benötigt. Dieses Grundkapital wird in Aktien aufgeteilt, wobei es unerheblich ist, wie es sich auf die GründerInnen verteilt. Denn direkt nach der Eintragung in Handelsregister (HR Abt. B) kann das gesamte Kapital von einer (juristischen oder natürlichen) Person übernommen werden. Die Hauptversammlung (HS) der Aktionäre trifft sich mindestens einmal im Jahr. Entschieden wird über die Gewinneusschüttung (Dividende) und über die Zusammsetzung des Aufsichtsrates (AR) der auf 4 Jahre gewählt wird. Der AR setzt sich bei AG's bis zu 2000 Beschäftigten zu 1/3 aus BelegschaftsvertreterInnen und zu 2/3 aus der HS gewählten Aktionären zusammen. Der AR überwacht die Geschäfte des Vorstandes und bestellt diesen auf 5 Jahren. Wichtige Entscheidungen treffen AR und Vorstand zusammen. Dieser Vorstand besteht in vielen AG's aus Manager die kein Aktienkapital besitzen. Die entscheidenden Figuren in einer AG sind die Aufsichtsräte der Aktionäre, weil sie die meiste Entscheidungsgewalt haben und den größten Gewinn einstreichen.







Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine der häufigsten Gesellschaftsformen in der BRD, da sie mit wenig Kapital recht einfach zu gründen ist. Die GmbH kann von einer oder mehreren Personen mit 50.000 DM Stammkapital gegründet werden (HR Abt. B). Die Versammlung der Gesellschafter (= die Personen die einen Anteil am Stammkapital haben) ist hier beschließendes Organ, die auch die Geschäftsführung bestellt. Die Gewinnverteilung einer GmbH wird nach den Anteilen am Stammkapital bestimmt oder durch vertragliche Sondervereinbarungen. Bei mehr als 500 Beschäftigten ist ein AR vorgeschrieben, der von der Gesellschafterversammlung gewählt wird (AR siehe AG). Das was eine GmbH, gerade für Spekulanten, so spannend macht, ist ihre Haftungsbeschrängung, ausschließlich auf das Gesellschaftsvermögen plus Stammkapital, was meistens identisch ist. Das Privatvermögen der Gesellschafter bleibt bei einem Konkurs vollkommen unangetastet.







Kommanditgesellschaft (GmbH & Co KG)

Die Kommanditgesellschaft besteht mindestens aus einem Vollhafter (Komplementär = Haftung auch mit dem Privatvermögen) und einem Teilhafter (Kommanditist = Haftung nur mit der Einlage). Bei der Gmbh & Co KG wird die unbeschränkte Haftung beschickt umgangen, indem nämlich eine GmbH den Komplementär bildet. Eine GmbH (siehe GmbH) aber nur mit ihrem Stammkapital haftet. Wegen diesem Vorteil, ist die GmbH & Co KG bei den Spekulanten so beliebt. Denn steht ein Konkurs an, das erstohlene Vermögen bleibt unangetastet. Der andere Vorteil ist die Kapitalbeschaffung durch eine KG. Einlagen in eine KG können von der Steuer abgesetzt werden, was es gerade für GroßverdienerInnen interessant macht ihr Geld da anzulegen und so vvor der Steuer zu retten. Die GmbH als Komplementär führt die Geschäfte und streicht auch den größten Teil des Gewinnes ein. Die Einlagen der KommanditistInnen werden mit mindesten 4% verzinst. Der Rest des Gewinnes wird in einem angemessenen Verhältnis verteilt. Anders als bei AG haben hier die KapitalgeberInnen nur ein Mitspracherecht bei außergewöhnlichen Geschäften. Über diese Art der Kapitalbeschaffung haben es viele Spekulanten geschafft sich von Banken unabhängig zu machen.

Warum das jetzt alles ?

Die Beschreibungen dieser häufigsten Gesellschaftsformen soll einen Blick freilegen, der uns auch die aufzeigt, die die Kettenhunde des Kapitals an der Leine haben. Eben all die verstockten Aktionäre oder Gesellschafter, die ihre Firmen von anderen leiten lassen, aber am dicksten verdienen. Wie schrieben einige zum Mai, "Wenn am 1. Mai 91 die herrschende Clique wieder einmal in ihren Villen zittert." Vielleicht ist dies eine Möglichkeit, getreu nach dem Motto alle Tage 1. Mai, einen Teil dazu beizutragen, daß sie an mehr Tagen als dem 1. Mai zittern. Nach unserem Motto, Wenn schon großkotz - dann aber richtig!

Noch ein paar Worte zur Demo am 17.6.91
Wir begrüßen die Initiative von Ana Prop (Noch 350 Tage...) zu den Aktivitäten zum geplanten Regierungssitz Berlin aufs Schärfste. Wir hoffen aber, daß diese Aktivitäten mehr sind als nur ein kleines Strohfeuer, das schneller niederbrennt als wir es überhaupt angezündet haben. Was wir brauchen, um der Geiterbahn Umstrukturierung etwas entgegensetzen zu können, ist mindestens ein Schwel- bis Flächenbrand, und mehr Diskussion. Mit Fantasie, Wut und Witz - nicht nur gegen den Regierungssitz. Potz-Blitz !
Für eine militante anarchistische Bewegung !

ART

KIEZRAT ALS FORUM FÜR KOORDINIERENDE STADTTEILARBEIT

Um eine kontinuierliche Arbeit der unterschiedlichen Gruppen im Stadtteil zu gewährleisten, müssen wir die Struktur des Kiezrates klar definieren bzw. nach außen tragen.
Ausgehend vom letzten Treffen am 27.05.1991 können wir folgendes festhalten:
* Der Kiezrat sollte in erster Linie ein *offenes, nichtinstitutionelles* Koordinationsplenum für alle humanistisch wirkende und politisch aktive Personen bzw. Gruppen aus dem Kiez sein.
* Die verschiedenen Gruppen/Personen arbeiten ihre Differenzen - auch die unterschiedlichen politischen Ansätze - heraus und vertreten sie. Erst dies kann eine konstruktive Auseinandersetzung in der inhaltlichen Arbeit ermöglichen.
* Im Kiezrat können stadtteilbezogene Veranstaltungen, Feste, Spaziergänge u. a. von allen Gruppen/Personen gemeinsam vorbereitet und gestaltet werden - dadurch wird die Vielseitigkeit/Unterschiedlichkeit auch in der Öffentlichkeit transparenter.



Einige Grundsätze der inhaltlichen Arbeit sowie gemeinsame Ziele sind:

* Aufarbeiten der Geschichte und Pflege antifaschistischer Tradition.
* Wirken für Antirassismus; das beinhaltet auch, gegen Diskriminierung von Minderheiten aufzutreten.
* Mehr Teilnahme der BürgerInnen des Kiezes am gesellschaftlichen Leben. Reaktion auf Kommunalpolitik, welche oft über die Köpfe der BürgerInnen hinweg geht und dem Grundsatz der Demokratie widerspricht (demo-kratie,griech.: = volk-herrschaft).
* Gestalten eines humanen, liebenswürdigen und kulturreichen Kiezes.
* Kampf gegen Kommerzialisierung, Konsumrausch, Spekulation mit Wohnraum und Arbeitskraft, wachsende Bürokratie und Fremdbestimmung ("...die Freiheit der Person ist unverletzlich..."; Grundgesetz der BRD, Artikel 2 (2)).
* Entfalten einer vielseitigen Lebenskultur im internationalistischen Sinne, die nationalchauvinistische Tendenzen nicht zulässt.

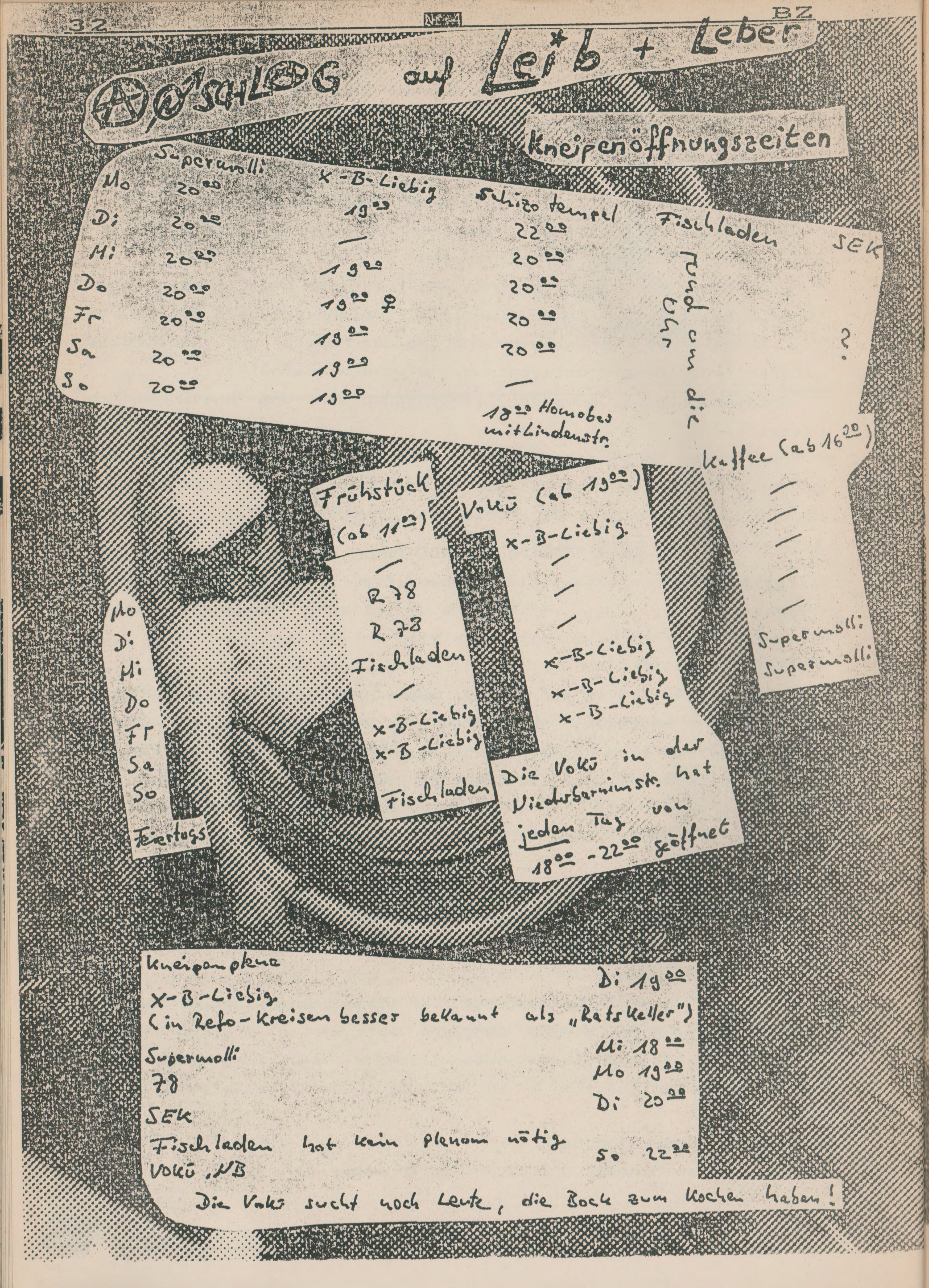
Um sich diesen Zielen zu nähern, müssen wir an den bestehenden Verhältnissen ansetzen: Auseinandersetzen mit der Realität, Üben einer konstruktiven Kritik und Formulieren positiver Alternativen, immer im gesamtgesellschaftlichen Kontext, nie isoliert.
Die Ziele dienen als "roter Faden" unserer politischen Arbeit und haben einen motivierenden Charakter.

Unsere nächsten Themenschwerpunkte sind:

* Organisation und Vorbereitung eines internationalen Sommerfestes in Friedrichshain.
* Wie wird sich das Stadtbild in Friedrichshain verändern (Hauptstadt/Zentrum; Olympia 2000)?
* Kampf gegen die Mietenexplosion (Einklinken in die Arbeit des MieterInnenbündnisses)

der Kiezrat Friedrichshain
Treffen: jeden Montag, 20.00 Uhr, Scharnweber Str. 38





32
BZ
ANSCHLAG auf Leib + Leber
Kneipenöffnungszeiten
Supermolli
X-B-Liebig
Schizotempel
Fischladen
SEK
Mo 20^{00} 19^{00} 22^{00}
Di 20^{00} — 20^{00}
Mi 20^{00} 19^{00} 20^{00}
Do 20^{00} 19^{00} ♀ 20^{00}
Fr 20^{00} 19^{00} 20^{00}
Sa 20^{00} 19^{00} —
So 20^{00} 19^{00} 19^{00} Homobar mit Lindenstr.
Rund um die Uhr
?
Frühstück (ab 11^{00})
—
R 78
R 78
Fischladen
—
X-B-Liebig
X-B-Liebig
Fischladen
Vokü (ab 19^{00})
X-B-Liebig
—
—
—
X-B-Liebig
X-B-Liebig
X-B-Liebig
Kaffee (ab 16^{20})
—
—
—
—
—
Supermolli
Supermolli
Mo
Di
Mi
Do
Fr
Sa
So
Feiertags
Die Vokü in der Niederbarnimstr. hat jeden Tag von 18^{00}-22^{00} geöffnet
Kneipenplena
X-B-Liebig Di 19^{00}
(in Refo-Kreisen besser bekannt als „Ratskeller")
Supermolli Mi 18^{00}
78 Mo 19^{00}
SEK Di 20^{00}
Fischladen hat kein Plenum nötig
Vokü, NB So 22^{00}
Die Vokü sucht noch Leute, die Bock zum Kochen haben!

Kleine Wirtschaftskunde

für HausbesetzerInnen in den 5½ NL

Nr. 99 / Montag, 27. 5. 1991

Handelsblatt
WIRTSCHAFTS- UND FINANZZEITUNG
Industriekurier
Verlagsorte Düsseldorf und Frankfurt

Die Finanzierung der Ost-Investitionen

Geld ist kein Problem

Von HANS MUNDORF

Die Bundesregierung agiert zur Zeit im Ausland wie die Geschäftsführung einer regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft: Das amerikanische, britische, französische Kapital wird in Reden, Aufsätzen und Pressekonferenzen aufgefordert, doch nun endlich in Ostdeutschland zu investieren. Es kursiert das Schlagwort von der „Kapitallücke", die nach Meinung der Politiker in den Beitrittsländern auch durch die Einfuhr von Kapital gedeckt werden müsse.

Es gibt aber keine Kapitallücke, und es müßten auch keine ausländischen Investoren zur Unterstützung der deutschen Anleger an die ostdeutsche Front geschickt werden. Denn die westdeutschen Unternehmen verfügen über ein investitionsbereites Liquiditätspotential, mit dem man auch drei Wiedervereinigungen finanzieren könnte, wenn sich solche Investitionen nur ökonomisch rechneten. Weil sie sich nicht rechnen, bleibt sowohl das deutsche wie das internationale Kapital in Wartestellung.

Nach dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Mai 1991 haben die westdeutschen Produktionsunternehmen im Jahre 1990 ein Geldvermögen von 187 Mrd. DM neu gebildet. Sie verfügen insgesamt über liquide Mittel von 1 530 Mrd. DM, wovon 682 Mrd. DM hochverzinslich auf Terminkonten bei in- und ausländischen Kreditinstituten und in Geld- und Rentenmarkttiteln angelegt waren. Sie kassierten aus diesen Anlagen 31 Mrd. DM an Zinserträgen.

Das fungible Geldvermögen von 670 Mrd. DM entspricht dem Zweieinhalbfachen der gesamten Anlageinvestitionen dieser Produktionsunternehmen im Durchschnitt der letzten drei Jahre. So üppig ist das Liquiditätspolster der deutschen Wirtschaft noch nie gewesen. Die Produktionsunternehmen sihd auf dem Weg, Vermögensverwaltungsgesellschaften zu werden.

Man muß dieses Potential vergleichen mit den Investitionsmitteln, die vornehmlich vom Staat mobilisiert und nach Ostdeutschland geschleust werden, um zu begreifen, daß die ostdeutsche Malaise andere Gründe hat als den Kapitalmangel. Um diese Gründe auf einen Nenner zu bringen: Das Geldvermögen rentiert sich heute mit bis zu 9 %, seine Transformation in Sachanlagen in den Beitrittsländern würde auf absehbare Zeit den Verzicht auf eine Rendite oder vielleicht sogar die Hinnahme von Verlusten bedeuten. Der Warenhunger Ostdeutschlands kann spielend aus der westdeutschen Produktion gedeckt werden, die dazu notwendige Kaufkraft der ostdeutschen Bürger wird im Westen konfisziert und dann nach drüben transferiert.

Warum also die Sachinvestition? Sie wäre nur dann lohnend, wenn Ostdeutschland im gemeinsamen Währungsgebiet wesentliche Standortvorteile anbieten könnte, wenn z.B. die Löhne deutlich unter dem westlichen Niveau geblieben wären. Da aber die Politik alles tut, um möglichst schnell den ostdeutschen Standard dem Westen anzugleichen, also eben die Standortvorteile zu vernichten, wird die Investition drüben zur nur noch patriotischen Tat. Ausländer sind aber selten deutsche Patrioten, Inländer übrigens auch nicht.

Begriffsbestimmungen

*Abwicklung svw.(soviel wie) Liquidation**

** Meyer's Großes Handlexikon, 1989, 15*

*

*Der Umgang zwischen Ost und West gerät zunehmend erschreckend. Die Sprache ist verräterisch. Begriffe wie »Abwicklung«, »filetieren«, »Warteschleife« erinnern fatal an die Lingua Tertii Imperii (Sprache des Dritten Reiches). Die Westler verhalten sich so, als seien wir die Subjekte und sie die Objekte.**

** M. v. Brentano, Zitat in der Zeit, 1991*

*

*Dann aber liest man soundso viele wurden »liquidiert«. Liquidieren ist ein Wort aus der Kaufmannssprache, als Fremdwort noch um einen Grad kälter als die deutschen Entsprechungen (z.B. Abwicklung); ein Arzt liquidiert für seine Bemühungen eine bestimmte Summe, eine Kaufmann liquidiert sein Geschäft. Im ersten Fall handelt es sich um die Umrechnung des ärztlichen Bemühens in Geldwert, im zweiten Fall um die endgültige Erledigung, die Aufgabe des Geschäfts. Werden Menschen liquidiert, so werden sie eben erledigt oder beendet wie Sachwerte. In der Sprache der Konzentrationslager hieß es, eine Gruppe »wurde derr Endlösung zugeführt«, wenn sie erschossen oder in den Gastod geschickt wurde.**

** V. Klemperer, LTI, 1975, Leipzig, Reclam, 159 ff*

Eine notwendige Erinnerung

Die »Abwicklung« jüdischen Eigentums

Diese Vertauschung der Begriffe hat Tradition: Die Faschisten setzten – als Mittel der Sprachlenkung – das Wort »Abwicklung« ein, um die Enteignung der jüdischen Mitbürger zu umschreiben.

*Diese (die Enteignung) wurde in der »Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens« vom 3. Dezember 1938 endgültig geregelt. Auf Grund dieser Verordnung konnte dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebes oder eines landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Betriebes aufgetragen werden, sein Unternehmen binnen einer befristeten Zeit zu veräußern oder »abzuwickeln«. Kam der jüdische Eigentümer diesem Auftrag nicht termingerecht nach, wurde für die »Abwicklung« oder Veräußerung dieses Unternehmen von Staats wegen ein »Abwickler« bestellt, für dessen Kosten der Betriebsinhaber aufzukommen hatte.**

Die sprachliche Verniedlichung damals wie heute läßt uns nach der Absicht fragen. Heute geht es (noch?) nicht um Faschismus und Minderheiten. Damals und heute aber geht es um Kapitalismus und Herrschaft und wie dies sprachlich abgefedert werden kann.

* *J. Moser, Die Entrechtung der Juden im Dritten Reichs in Judenprogrom 1938 – Von der »Reichskristallnacht« zum Völkermord, Juli 1988, Sonderauflage für die Landeszentrale für politische Bildung, 124*





DANEBEN: INFOLADEN IN DER RIGAERSTR. 84

UNSER NEUES **VIDEOPROGRAMM:**

18.6.-13.7.

DIENSTAGS 21°° : SPIELFILME und zwar gute!

21°° **DONNERSTAGS** POLITISCHE VIDEOS z.B. AK KRAAK (neu)

21°° **SAMSTAGS** HÄUSERKAMPF INTERNATIONAL

23°° **SAMSTAGS** auch SPIELFILME, "just for fun"

2.7. **"Z"** von Constantin Costa-Gavras, 1968 angeblich fiktiver Film über die Ermordung eines oppositionellen Proffessors und Politikers in Griechenland und die Aufklärung des dahinterstehenden Komplotts, mit deutl. Bezügen zur griech. Realität 1963. Spannender (!!), engagierter hochemotionaler und teilw. wütend polemischer Filmklassiker.

4.7 **MARTA ETA BORROKA** ("KÄMPFEN UND LEBEN") BRD 88 Doku über die aktuelle Situation der Befreiungsbewegung in Euskadi, ihre traditionelle Verankerung, ihre Kämpfe gegen die ausgeklügelte Repression, und ihren kulturellen Ausdruck.

6.7. "SOZIALES ZENTRUM **LEON CAVALLO"** und "Danke Leon Cavallo" (ITALIEN) Berichte über die Räumung nach 10-jähriger Besetzung, den breiten Widerstand dagegen, die Wiederaufnahme der Arbeit der verschiedenen Gruppen im Zentrum nach der Räumung.

6.7. 23°° **ARIZONA JUNIOR** tumber Rückfalldieb heiratet Polizistin, und stielt zur Ehe gleich noch das passende Kind - womit das Ganze schwierig wird. Handwerklich perfekte Satire auf bürgerliche Werte

9.7. **SCHWARZER REGEN** die Geschichte einer Familie, die den Abwurf der Atombombe auf Hiroshima überlebte, aber in der Gewissheit lebt, an den Folgen zugrunde zu gehen. Ausgezeichnet in Cannes 1989

11.7. **"DAS LUSTIGE ZIGEUNERLEBEN"** eine Gruppe deutscher Sinti bei einer ihrer Sommerreisen: Polizeieinsätze auf Parkplätzen, Hausieren, Schule. Eine Station der Reise ist Auschwitz... und: **"Es gibt keine Partei, die Zigeuner, Araber und Juden beschützt"** ...über die Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und den Roma in Eger/Ungarn

13.7. 21°° **DEFEND TOMKINS SQARE** seit 1988 haben wohnungslose Schwarze auf dem Tomkins Square, New York City, ihre Zelte aufgeschlagen. Die Cops versuchen immer wieder, den Park zu räumen...

23°° **LINIE 1** Verfilmung des Grips-Theaterstückes. Für alle Hardcorefans und solche, die es (nicht) werden wollen...

1035 BERLIN (FRIEDRICHSHAIN) - U-Bhf SAMARITERSTRASSE...

LADIES ONLY

JEDEN DONNERSTA(G) FRAUEN/LESBEN-ABEND IM X-B-Liebig

Am 27.6. ab 20°° Uhr HEXENKÜCHE mit großem Salatbuffet im X-B-Liebig

Liebigstr. 34
U-Frankfurter Tor

UNFASSBA

UNFASSBA NR. 7/8 IST DA!

Doppelnummer! Themen: Mit Rassismus gegen Männerwahn: Betty Mahmoudy - Nicht ohne meine Tochter, Grenzen auf!, Kurdistan, BekennerInnenbriefe, Volxsport, Antifa, Anarchafeminismus, Knast- und Häuserkampf, Tag X, Kriminalisierung, 1.Mai-Rückblick, Comix,...
Preis: 6,- Muck, *Abo*: 20,-, *WiederverkäuferInnen*: 9 Exemplare 40 Mack. Alles nur bar und im Voraus *bei*: *Unfi, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, W-4400 Münster.*

TERMINE

DO 27.6. 18.00 DEMO GEGEN ABSCHIEBUNG (Adenauerplatz)
20.00 AK KRAAK + Vokü (Adalbertstr.)

FR 28.6. 15.00 Open Air Fest mitverschiedenen Bands im und am Thomas-Weissbecker-Haus Wilhelmstr.9
19.00 Veranstaltung zu Abschiebungen (Passionskirche am Marheinekeplatz)
19.00 Musiker(?)aus 3 Kontinenten spielen für palästinensische Kinder(Alte TU mensa)1o DM
21.00 "Bad Taste" Frauenparty im Geschwulst Ihnestr.22(Dahlem)

Sa 29.6. Christopher-Street-Day
10.00 Kranzniederlegung am denkmal für die Homosexuellen Opfer des Faschismus(Nolli)
11.00 DEMO (Savignyplatz)
14.00 Weddinger Stadtteilfest(Liebenwalderstr.)
15.00 "Stilkamm 5 1/2" lädt ein zur allgemeinen Hausbesichtigung und Fete(Musik,Tanz,Kunst, Information etc.) Rigaer 44 2. HH
5 Jahre Krümelladen im Syndikat(Weisestr.56)

SO 3o.6. 12.00 AK KRAAK + Frühstück (Kopi 137)
14.00 NULLTARIF-DEMO (Alex)

MO 1.7. 9.00 REKRUTENVERABSCHIEDUNG am Hauptbahnhof (seid pünktlich !!!)
19.3o Informationen zur Situation der AusländerInnen in Ost-Berlin(~~im~~ Grenzenlos(BAZ) Oranienstr.159

SA 6.7. grosses Strassenfest 1 Jahr Auguststrasse 10

So 7.7. Hoffest ab Nachmittags 1 Jahr Brunnenstr.6/7

DO 11.7. 1o.3o MAINZERprozess Moabit Turmstr,91(Raum 1o/1o7)

FR 12.7. 10.00 MAINZERprozess Moabit Turmstr.91(Raum 455)

AUSSTELLUNGEN

-3o.6."Steh auf Arthur-heute ist Revolution" Vorkstr.59 HH 2.Stock 14-2o Uhr
-14.7.5oo Jahre deutscher Kolonialismus" im Cafe Subversiv(Brunnenstr.7)DI=Frauentag
1.7- 5.7."Die Männer fürs Grobe-Der schlagende Arm der rechten Bewegung"im Geschwulst(ihnestr.22 Dahlem)




STRAßENFEST
die unser Straßenfest nicht nur durch
… Anwesenheit würdigen möchten, sondern
… durch Aktivitäten jed welcher Art bereichern wollen.
Also Kurzum wer einen Stand mit Futter, mit
was Spaßigem oder etwa gar mit Inhalten
einbringen möchte komme am Freitag den
28.06 zum Festvorbereitungstreffen.
um 20³⁰ in der Adelbert. 32
Außerdem, es werden noch Menschen gesucht für Bühnenaufbau
(Musik, Theater, Tanz, Ohnwacklich etc.)
Die besetzten Häuser laden ein zum
Straßenfest
SA. 6.7. 14⁰⁰ Adelbertstr. (OST)
ESSEN, SPIELE, LIVE MUSIK etc.
1 JAHR JESSI
Jessnerstr. 41 Ⓤ Frankfurter Allee Ⓢ Ostkreuz
Erlös geht an die DRESDENER ANTIFA
1 WOCHE. PARTY
Montag 1.7. Filmnacht: Liebe, Luxus, Anarchie & AT Kraak-Die Neu
Dienstag 2.7. Dresdener über Faschismus in Dresden
Mittwoch 3.7. Lonely Looser Hardcher (B-Chor)
Donnerstag 4.7. Diaveranstaltung zur Umstrukturierung in London
Freitag 5.7. Kitschabend mit Bands
Samstag 6.7. DIE 1-JAHR-JESSI-PARTY mit 4 Bands
Straßenfest Videos
Sonntag 7.7. Katzen- und Katerfrühstück kein Eintritt